7. Jahrg. Nr. 26 A

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Einzelpreis 10 Pfg

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern" und den Beilagen „Die Tribüne", „Die Kommunistin", „Der Jungpionier", „Die Rote Sichel".
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Gottesberg, Nieder-Hermsdorf, Seitendorf, Neu-Salzbrunn, Weißstein, Wüstegiersdorf.

Anzeigenpreis: Die 10gespaltene Millimeterzeile od. deren Raum 10 Goldpfennig, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5 Goldpfennige. — Reklame-Preis: Die Millimeterzeile 3gespalten oder deren Raum im Text 50 Goldpfennige

Sonnabend, 31. Januar 1925.

Bezugspreis: Bei wöchentlich 6maligem Erscheinen monatlich 2,25 Gm wöchentl. 50 Pf. Einzeln. durch Straßenhändl. u. Kioske 10 Pf
Redaktion und Expedition: Breslau, Teichnitzer Straße 50. — Postscheckkonto Breslau Nr. 544 — Fernsprecher: Breslau, Ring 8837

Staatsstreichpläne des Stahlhelm!

Enthüllungen der „Roten Fahne".

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 31. Januar.

Die „Rote Fahne" berichtet aus zuverlässiger, authentischer Quelle über Vorbereitungen der Monarchisten für einen Staatsstreich. Sie teilt genaue Einzelheiten über die Vorbereitungen mit. Schon seit einigen Tagen sollen die Stahlhelmorganisationen des ganzen Reiches Geheimbefehle erhalten haben, in denen erhöhte Bereitschaft jedes einzelnen Stahlhelmmitgliedes gefordert wird. Hand in Hand mit den Stahlhelmorganisationen, die die Führung in diesem Staatsstreich übernehmen sollen, arbeiten die anderen reaktionären Verbände und auch der Landbund ist gewillt, diesen Staatsstreich zu unterstützen.

Der Staatsstreich solle erfolgen, weil die Regierung Luther auch die Republik als ihre Grundlage angesehen habe und die Verfassung von Weimar als bindend anerkenne. Mit den Putschplänen der Monarchisten, die fest auf ihren Sieg spekulieren, ist der „Roten Fahne" authentisches Material über das Vorhaben der Faschisten nach Eroberung der Staatsmacht in die Hände gekommen. Neben sofortigem Verbot der KPD., sollen alle wichtigen Positionen des Staates nur mit völkischen und deutschnationalen Vertrauensmännern besetzt werden. Die Beseitigung des freien Wahlrechtes wird ebenfalls gefordert. Als den „kommenden" Mann sieht man den deutschnationalen Abgeordneten Schiele an. Mit dem Kronprinzen Rupprecht von Bayern sind Verhandlungen angeknüpft worden, doch denkt man vorläufig noch nicht daran, in Preußen die Monarchie einzuführen, da man auf die Sympathie der sozialdemokratischen Arbeiter spekulieren will. Zweifellos werden sich die rechten Sozialdemokraten gegen diesen Staatsstreich nicht zur Wehr setzen.

*

Diese Pläne der Faschisten beweisen, daß sie nach sechsjähriger systematischer Unterwühlung der Republik ihre Stunde gekommen glauben. Die Sozialdemokraten haben jahrelang geduldet, daß die Faschisten ungestört und unangetastet sich rüsten konnten. Severing hat die proletarischen Hundertschaften verboten und hat die Deutschen Tage, an denen die Faschisten ihre Ausmusterung und ihre Generalappelle abhielten, genehmigt. Die Faschisten stellen heute zweifellos eine Macht dar, zumal sie in der sozialdemokratischen Partei und im Reichsbanner Schwarz-rot-gold keine Gegner finden.

Ein Programm des Staatsstreichs, wie uns die „Rote Fahne" mitteilt, bedeutet, daß italienische Zustände in Deutschland durchgeführt werden sollen. Dabei ist es belanglos, ob der Weg, der dazu gewählt wird, mehr oder weniger legal, ob es der Weg der Regierung Luther oder der eines offenen Staatsstreiches ist. Für die Arbeiter in den Betrieben kommt es darauf an, sich darüber klar zu sein, daß die Verhältnisse in Deutschland mit unerbittlicher Konsequenz einer immer offeneren und brutaleren Herrschaft der Schwerindustrie und ihrer reaktionären Regierungsbeauftragten zustreben.

Alarmbereitschaft für die Stahlhelmbanden, das heißt auch für die Arbeiter erhöhte Alarmbereitschaft. Die Betriebe müssen aufgerüttelt werden gegen das Vorhaben der faschistischen Reaktion. Das wird besonders notwendig sein, weil in den kommenden Wochen, mit Hilfe des Tschekaprozesses eine Pogromhetze gegen die revolutionären Arbeitermassen einsetzen wird, in deren Verlauf zweifellos solche Pläne, wie der oben von der „Roten Fahne" mitgeteilte, in den Bereich der Möglichkeit rücken werden.

Aufrüttelung der Betriebe, Zusammenschluß aller revolutionären Elemente, entschiedene Front gegen die schwarz-rot-gelben und schwarz-weiß-roten Unternehmergarden, das ist die Gewähr für die deutsche Arbeiterschaft, daß alle monarchistischen Pläne zerschellen werden.

Die Antwort der Breslauer Notstandsarbeiter an Prescher und Konsorten.

(Von unserem Berichterstatter.)

Breslau, 31. Januar.

Die gestern in den Zentralhallsälen tagende Versammlung der Notstandsarbeiter war bereits vor Beginn überfüllt mußte polizeilich geschlossen werden. Nach eingehenden Referaten des Erwerbslosenvertreters über die ungeheuren Mißstände bei den Notstandsarbeitern wurden einstimmig Resolutionen angenommen, die tarifmäßige Bezahlung der Notstandsarbeiten, Bezahlung des Fahrgeldes etc. fordern. Ferner wurde einstimmig die Entfernung des Provokateur Reisig, der die Erwerbslosen als Faulenzer beschimpft, verlangt.

In der Diskussion sprachen die kommunistischen Stadtverordneten Ammon und Moser unter stürmischer Zustimmung der Versammlung. Die anwesenden SPD.-Vertreter wagten sich nicht zum Wort zu melden und ihre Haltung zu verteidigen. Parteilose Arbeiter, die sich zum Wort meldeten, erkannten an, daß nur die Kommunisten im Stadtparlament die Interessen der Erwerbslosen energisch vertreten haben. Die Versammlung endete mit einem starken Erfolg für die Kommunistische Partei. Die Nummer der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" welche die Provozierung der Notstandsarbeiter behandelte, fand reißenden Absatz.

Zum „Tschekaprozeß".

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 31. Januar.

Bekanntlich wird in einigen Tagen vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig der sogenannte „Prozeß gegen die deutsche Tschekа" beginnen. Schon jetzt wird von der gesamten bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse durch geschickte Mitteilungen aus den von den berüchtigten Württemberger Spitzeln zusammengetragene Anklagematerial eine wüste Hetze gegen die Kommunistische Partei eingeleitet. Da dieser Prozeß eine internationale Bedeutung hat und von den reaktionären Elementen Englands und Frankreichs benutzt werden wird, um die Verhandlungen ihrer Regierungen mit Sowjetrußland zu stören, nimmt nun auch die Prawda in folgenden Ausführungen zu diesem Prozeß Stellung:

Jetzt will die Bourgeoisie nach einjähriger sorgfältiger Vorbereitung „Verbrechen" der Kommunisten aufzeigen, indem sie den Tschekaprozeß vor dem Leipziger Staatsgerichtshof organisiert. Unsinnigste Gerüchte über Cholerabazillen, welche, nach Erklärungen des Staatsanwaltes, selbst einem Kaninchen keinen Schaden verursachen können, dienen diesem Werke. Der Sinn dieses Prozesses ist, daß Kommunisten sich gegen Polizeispitzel verteidigen, welche die sozialdemokratische Koalitionsregierung in die Kommunistische Partei schickt. Der Kölner Prozeß im Jahre 1849 stellte die Rache der preußischen Junkerbande an den betrogenen Volksmassen dar. Jetzt Arbeiter anstatt Stieber, Weiß und Weißmann, welche anstatt der Fälschungen Mordgeschichten über Cholerabazillen und andere Scheußlichkeiten erfinden."

Die SPD. am Ruhrpanama beteiligt.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 31. Januar.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", dem Organ der Schwerindustrie (die muß es ja wissen!) wird mitgeteilt, daß die Kredite für die Schwerindustriellen im Ruhrgebiet von der großen Koalition bewilligt worden seien. Hilferding, der sozialdemokratische Finanzminister, habe selbst davon gewußt, daß die Ruhrindustrie Kredite in der bekannten Höhe ausgezahlt bekommen sollte. Unter dem Kabinett Marx wurden dann 715 Millionen der Schwerindustrie überwiesen. Das Kabinett Marx fand seine eifrigste Unterstützung und Förderung durch die Sozialdemokraten.

Nach den Mitteilungen der „DAZ." ist also erwiesen, daß die SPD. sogar von den Ruhrkrediten an die Schwerindustrie gewußt hat, und daß ihre heutige Haltung und Entrüstung nur eine grobe Heuchelei ist.

Vom Tage.

— **Die Großhandelsindexziffer ist in der Woche vom 21. bis 28. Januar um 1,1 Prozent auf 140,4 gestiegen.**

— Die Arbeiter der Fertigindustrie des Saargebiets beschlossen den Streik. 25 000 haben bereits die Arbeit niedergelegt.

— **Reichskanzler Dr. Luther antwortete in einer schwächlichen Rede dem französischen Ministerpräsidenten Herriot, in der er noch einmal den „guten Willen" seiner Regierung betonte.**

— In Frankfurt a. M., wurden die Leiter des städtischen Wohnungsamtes verhaftet, da ihnen Bestechungen durch reiche Wohnungsuchende nachgewiesen wurden.

Im Hamburger Aufstandsprozeß geht die Zeugenvernehmung weiter. Es wird die Spitzelrolle des „Zeugen" Fischer entlarvt.

Republik, dein Name ist — —!

m. r. Breslau, 31. Januar.

Unsere Leser werden wissen, warum wir in der Ueberschrift nicht zu Ende sprechen. Es existiert in Deutschland ein „Gesetz zum Schutze der Republik". Eine famose Sache das, die dem nächstbesten deutschnationalen Staatsanwalt das Recht gibt, jedem den Mund zu stopfen, der sich vermessen wollte, über das wahre Wesen unserer „verfassungsmäßig festgestellten republikanischen Staatsform" deutlicher zu reden. Der Dichter Heine gibt deshalb in seinem Wintermärchen den Rat: „Den Deckel drauf!" Aber alle Verschwiegenheit „zum Schutze der Republik" kann nicht mehr verheimlichen, was längst durch die kleinsten Ritzen gedrungen ist und sich in übelster Weise unserer Nase bemerkbar macht:

Korruption, die zum Himmel stinkt!

Da ist zunächst der Fall Barmat. Ein gewissenloser Großschieber und Wucherer, typische kapitalistische Hyäne, ein Leichenfledderer des deutschen Bankerotts begaunert die preußische Staatsbank um 50 Goldmillionen. Der Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages stellt fest, daß Herr Heilmann, Vorsitzender der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Barmat überall als „Freund" zur „wohlwollenden Berücksichtigung" empfahl, daß Herr Bauer, sozialdemokratischer Ministerpräsident a. D., ihn dem Staatsbankpräsidenten als ein „mir seit vielen Jahren bekannter zuverlässiger Geschäftsmann" vorstellte, ja, daß selbst Herr Ebert, Sozialdemokrat und zurzeit noch deutscher Reichspräsident, schon im Jahre 1914 sich durch handschriftliche Anweisung für eine Einreise Barmats „auf längere Zeit" einsetzte. Damit müßte der Fall Barmat eigentlich geklärt sein. Wäre es auch, wenn die Wegbereiter der Barmat nicht Bauer, Heilmann, Ebert, sondern Müller, Schulz, Meier hießen und simple republikanische Untertanen wären. Aber da ersteres und nicht letzteres der Fall ist, kann es die schwarz-rot-gelbe Presse wagen, obige Tatsachen einfach zu ignorieren und über die Korruption der — anderen zu schreien.

Damit kommen wir zum zweiten Fall, dem Ruhrpanama. Hier ist der Bissen schon ein wenig saftiger. Diesmal geht es nicht um lumpige fünfzig Millionchen wie bei den Barmats, sondern um die nette runde Summe von 655 Goldmillionen, d. h. um die gewesene Summe. Mittlerweile ist sie hübsch brüderlich geteilt und in die Taschen der vereinigten Chemie-, Hütten-, Bergbau- und Schiffahrtskapitalisten gewandert. Sozusagen als würdiger Abschluß des „Ruhrhilfe"-Segens, der zehn Monate lang den Thyssen-Stinnes-Krupp das „Durchhalten" im Ruhrkrieg erleichterte.

Daß dieses „Geschenk" von über einer halben Milliarde Goldmark — aus sauren Steuergroschen der Werktätigen zusammengescharrt — ohne Genehmigung, ja ohne Kenntnis des Reichstages gegeben wurde, ergänzt nur das, was die Kommunisten seit Jahren über die Bedeutung des Parlamentarismus sagen.

Die übrigen kleineren Korruptiönchen können wir übergehen. Wie sich um den Hauptschlund des Vulkans zahlreiche kleine Krater öffnen, so werden die großen Korruptionsenthüllungen von nicht endenwollenden, man kann sagen täglichen, Skandälchen begleitet. Uns kommt es heute auf die beiden Standardleistungen, die republikanischen Glanznummern an. Und da ist es ein interessantes Schauspiel, zu beobachten, mit welchem Eifer die schwarz-rot-gelbe und die schwarz-weiß-rote Brüderschaft einander die Schuld an dem Sumpf zuzuschieben versuchen, wobei die einen nicht erwähnen, daß der edle Barmat seine „faulen Kreditgeschäfte" (siehe Volkswacht) mit Hilfe alter bewährter wilhelminischer Beamter einfädelte, während die anderen schamhaft verschweigen, daß die Regierungen des Ruhrpanamas (Cuno, Stresemann, arMx) entweder Regierungen mit direkter Beteiligung oder mit Unterstützung der Sozialdemokraten waren. Beides Gauner, die einander mit dem eigenen Schmutz besudeln!

Die Werktätigen in Stadt und Land stellen natürlich mit vollem Recht die Frage nach den Ursachen dieser gewaltigen, unübersehbaren Korruptionssumpfes. Und sie werden erkennen, daß hinter der individuellen Gaunerei, hinter dem betrügerischen Profitstreben des Einzelnen, hinter der Vielfältigkeit staatlicher Organe ihnen gegenüber ein System der Korruption steht. Es muß etwas faul sein, nicht an den Gliedern, sondern im Wesen des Staates Dänemark! Wir werden uns natürlich hüten, diese in der Ge-

schichte bisher unübertroffene Korruptionsära irgendwie mit der deutschen Republik in Verbindung zu bringen. Wir unterdrücken alles, was wir in dieser Frage über gegenwärtige Beziehungen zu sagen haben und verweisen unsere Leser auf die obigen Ausführungen über das „Gesetz zum Schutze usw." Einst hat ein gewisser Karl Marx über den zwar indirekten aber dennoch wirksamen Einfluß des Reichtums in einer demokratischen Republik geschrieben. **Der Barmat- und Ruhrkreditskandal sind Zeugen für den Einfluß des heutigen verkommenen und angefaulten deutschen Kapitalismus.**

Damit ist der Schleier vom Gesicht dieser Republik, dem **Dorbelgesicht der Goldmillionenkredite** auf der einen und der **Hungerbezüge** auf der anderen gerissen. Es kommt nur darauf an, den deutschen Arbeitermassen klar zu machen, daß es ein Kampf **gegen den Barmat-Kutisker-Sumpf** ein Kampf gegen das politische System, das hinter ihm steht, sein muß. **Das Ziel dieses Kampfes** — wenn er kein **Scheinmanöver** sein soll — kann nicht bei der Beseitigung einzelner „kompromittierter" Personen stehen bleiben.

„Kompromittiert" bis auf die Knochen ist die ganze Republik!

Ihr muß der Kampf als der Wurzel all der Sumpfblüten gelten. Gegen sie müssen sich die Massen in den Betrieben zusammenfinden und den Kampf um die Beseitigung der schwerindustriellen Ausbeuterregierung Luther, für eine Regierung der Todfeindschaft aller Korruption, und das kann nur eine Regierung der Werktätigen sein, zusammenfinden!

Professor Döberl bezeugt Auers Schurkenrolle im November 1918.

In der Nachmittagsverhandlung des dritten Prozeßtages, am 28. Januar, wird als Zeuge der monarchistische Universitätsprofessor der Geschichte, Döberl, vernommen. Seine Ausführungen sind **eine vernichtende Entlarvung Auers.** Wenn die SPD. eine Arbeiterpartei wäre, könnte dieser Bursche nicht eine Minute länger als „Arbeiterführer" existieren.

Döberl sagt folgendes aus: „Ich habe mir die Frage vorgelegt: **Wie hat sich die Sozialdemokratie, wie haben sich die sozialdemokratischen Führer zur Revolution von 1918 verhalten?** Ich habe wohl Kenntnis gehabt, daß mehere Sozialdemokraten schon im Oktober eine Haltung eingenommen hatten, die revolutionär zu nennen war.

Ich war und bin der Ueberzeugung, daß die Leitung, insbesondere Ehrhard Auer, mit der Revolution nichts zu tun hatte, die Revolution nicht wollte.

Ich habe das geschlossen aus dem Auftreten Auers während des Jahres 1918, denn seine Reden hatten, wenn sie auch so manchen Anstrich, der an die Massen gerichtet war, enthielten, doch den Sinn, **daß er die Massen vor einer revolutionären Dummheit bewahren wollte, und ich war Auer für seine Stellung dankbar.** Ich habe mich in Verbindung gesetzt mit einigen mir näher bekannten Herren, von denen ich wußte, daß sie über die Vorgänge unmittelbar vor der Revolution genau unterrichtet waren, ich habe mich an mehrere Stellen gewendet, und der gesamte Eindruck war der, **daß Auer die Revolution nicht wollte,** sei ganz zweifellos.

Dafür seien zwei Vorgänge von maßgebender Bedeutung geschildert: Der eine ist in den Abendstunden des 6. November passiert, wo Auer zu einer **Sitzung im Innenministerium eingeladen war, in welcher Herr Auer solche beruhigenden und zielsicheren Erklärungen abgegeben hatte** (es handelte sich damals um die Friedenskundgebung), **daß man an seiner wahren Gesinnung nicht zweifeln konnte.** Der andere Vorgang war folgender: Auer wurde im Ministerium des Innern vorstellig: Da ich keine Aufzeichnungen zur **Hand** habe, so kann ich die folgenden Vorgänge nur aus der Erinnerung schildern.

Auer hat in der Nacht vom 7. auf 8. November, als bereits die Revolution ausgebrochen war, an einer Sitzung im Innenministerium teilgenommen, und seine Stellung war derart, daß man unbedingt annehmen mußte, er wolle auch jetzt keine Revolution.

Das war gegen 12 Uhr nachts und er wäre gar nicht unglücklich gewesen, wenn auch jetzt noch die Revolution mit Waffengewalt hätte unterdrückt werden können.

Herr Auer hat ausdrücklich gefragt, ob die Regierung noch soviel Truppen besitze, um die Revolution gewaltsam niederzuwerfen: „Haben Sie noch hundert Mann, um dieses Ziel zu erreichen?"

Ich weiß, diese Sprachstellung ist mir lebhaft im Gedächtnis geblieben, was aus psychologischen Gründen erklärlich ist. **Ich war nun vollends gestärkt in der Ueberzeugung, Auer wolle keine Revolution und wollte sie auch in der Nacht vom 7. zum 8. November noch nicht. Ich habe fortwährend dann in meinen Aufsätzen und auch sonst immer den Standpunkt vertreten, Auer wollte die Revolution nicht.** Auch nicht, daß er die Regierung, was man vielleicht hätte annehmen können, düpiert habe. Ich habe aus diesen Besprechungen noch einen anderen Eindruck bekommen. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß es eine überraschende Selbstsicherheit war, mit der Auer in der beratenden Sitzung vor dem Putsch aufgetreten ist.

Auer hat erklärt, Eisner sei erledigt, wir haben unsere Leute fest in der Hand!

Das war leider nicht der Fall. Von dieser Selbstsicherheit sticht überraschend ab die Unsicherheit, die in der Nacht vom 7. bis 8. November dann auftrat. Bedeutsamer war mir der dritte Eindruck und das war

die überraschende Anpassungsfähigkeit Auers

Ich habe mich gewundert, daß man innerhalb weniger Stunden solche Wandlungen durchmachen kann.

Winter: **Ist Ihnen bekannt, daß am Morgen des 8. November der Privatkläger bereits mit Eisner in Unterhandlung stand über seinen Eintritt in die Regierung und daß er dann nochmals beim monarchistischen Minister des Innern war, und ihm erklärte, daß es zu einer Niederschlagung der Revolution zu spät wäre?**

Döberl: **Dieser ganze Vorgang ist richtig.** Was ich nur knapp andeutete, sind Berichte, die ich von einem Augen- und Ohrenzeugen erhalten habe.

Auer versucht durch verschiedene Fragen den Zeugen zu verwirren.

Döberl bleibt jedoch bei seiner Aussage.

Der Königliche Minister mit Auer einverstanden.

Vierter Verhandlungstag.

Am vierten Verhandlungstage wurden Zeugenaussagen über Auers Haltung vor und nach **Ausbruch der Novemberrevolution** gehört. Der Gewerkschaftssekretär Gustav Schiefer gab eine Schilderung der nächtlichen Besprechung Auers mit dem Innenminister Brettreich, dem Auer gesagt habe: **„Wenn Sie heute nicht mehr Ordnung schaffen können, werden wir es morgen tun müssen."**

Zeuge Syndikus Dr. Zahnbrecher bemerkte, er sei einen Tag vor der Revolution nach München gekommen und habe **bei den verantwortlichen Politikern der bürgerlichen Parteien eine außerordentliche Kopflosigkeit bemerkt. Der Ministerpräsident Dandl habe einen jämmerlichen Eindruck gemacht.** Den Kriegsminister Hellingrath habe er im Kriegsministerium nicht auffinden können. Mittlerweile sei die Revolution ausgebrochen. Von Auer habe er es als Tapferkeit empfunden, daß er sich für die Ordnung eingesetzt habe und er habe diese Tapferkeit bei den bürgerlichen Führern sehr vermißt.

Landtagsabgeordneter und damaliger Militärminister Roßhaupter erklärt,

Auer habe dasselbe Ziel verfolgt, wie er,

die Ordnung aufrechtzuerhalten und Plünderungen zu verhindern. **Für ihn wie für Auer seien Sicherheit, Ruhe und Ordnung die Voraussetzung dafür gewesen, daß die Errungenschaften der Revolution gesichert werden konnten.**

Schriftsteller Kaiser schildert die im Dezember 1918 unter Teilnahme Dr. Buttmanns abgehaltene geheime Sitzung der Front-Delegierten, bei der über die Bildung einer Bürgerwehr gegen die Offiziere und zur Durchführung von Umsturzplänen gesprochen wurde. Die Zeugen Ludwig Greiner und Stadtkommandat Dirr machen Mitteilung über die Bürgerwehr und die Beteiligung Auers an ihrer Gründung. Auer bemerkt dazu, daß er am 30. Dezember selbst im Nationalrat die Frage der Bürgerwehr behandelt und seine Beteiligung an ihr nicht abgeleugnet habe. Die Verhandlung wird am Nachmittag fortgesetzt.

Die Geprügelten heulen auf.

Ein Aufruf des SPD.-Vorstandes.

„Volkswacht" und „Bergwacht" veröffentlichten vorgestern einen langatmigen Aufruf des Berliner Parteivorstandes, der angeblich den Kampf gegen die Reaktion ansagt, in Wirklichkeit nach einer plumpen Kommunistenhetze über den Reinfall der Korruptionshelden Heilmann, Richter, Bauer und Konsorten jammert und die durch die Aufdeckung des sozialdemokratischen Führersumpfs gelichteten Reihen der sozialdemokratischen Organisation wieder aufzufüllen versucht.

Es sind falsche und jämmerliche Töne, die die politischen Rattenfänger vom sozialdemokratischen Parteivorstand in diesem Aufruf zum besten geben. Zweifellos charakterisiert er teilweise das Programm der neuen Scharfmacherregierung richtig. Die Regierungskoalition der Schwerindustriellen und Junker bedeutet allerdings Abbau der Sozialpolitik, Brot- und Mietwucher, Steuererhöhung für die Besitzlosen und Steuerschonung der Besitzenden, Arbeitszeitverlängerung und Lohnsenkung. Ueber diese Ausbeuteroffensive ist sich das Proletariat klar, aber nicht minder klar ist es sich darüber, daß die Sozialdemokraten an verantwortlichen Regierungsstellen gemeinsam mit den Kapitalisten seit Jahr und Tag bald verschleiert, bald unverhüllt brutal keine andere als arbeiterfeindliche Politik betrieben haben. Sollte der sozialdemokratischen Führung plötzlich die Erleuchtung gekommen sein, daß ihre bisherige Politik falsch und verbrecherisch war? Wer ihren Aufruf liest, muß zu dieser Folgerung kommen. Doch ach, die alten sozialdemokratischen Spiegelfechter erheben heute nur deshalb ein so radikales, ihre eigene bisherige Politik kompromittierendes Geschrei, weil sie zur Wiedererlangung der ihnen unterm Hintern weggezogenen Ministerstühle die Empörung breiter Massen geschickt ausnutzen möchten.

Die sozialdemokratischen Oppositionsankünder von heute werden auf keinem Gebiet vermögen, dem Volk eine Bilanz von Fortschritten als den Ergebnissen sozialdemokratischer Regierungskunst vorzulegen. Die Hilferding, Bauer, Schmidt, die Koalitionsgenossen Stresemanns und Stinnes', haben auf dem Gebiet des Brotwuchers, der Ausplünderung der arbeitenden, hungernden Massen jahrelang zur vollsten Zufriedenheit der Schwerindustrie gearbeitet. Hat in der Aera der sozialdemokratischen Reichsminister die Sozialpolitik etwa Fortschritte gemacht? War es nicht im sozialdemokratischen Musterstaate Preußen, wo ein Polizeihund Severings einen höheren Verpflegungssatz pro Tag erhielt als ein Arbeitsinvalide? Und wer war denn der eifrigste Befürworter des Abbaues des Achtstundentages und der Lohnsenkungen? Glaubt der sozialdemokratische Parteivorstand, die werktätigen Massen hätten die Schandtätigkeit der Schlichter Mehlich, Wissel usw. bereits vergessen? „Kein Arbeiter, keine Angestellten, keine Republikaner mehr in der Verwaltung", jammert der verlogene Aufruf. Nette „Arbeiter", die korrupten Heilmann, Kuttner, Bauer und Konsorten! Nette „Republikaner", diese Severing, Braun, die monarchistische Paraden schützten und Arbeiterkundgebungen sprengen ließen.

Je weniger der Fälscheraufruf der Barmatschieber gerade von diesem Sumpf der heutigen SPD.-Führer spricht, um so mehr wird die auf Reinlichkeit sehende Arbeiterschaft darauf sehen, daß vor der breitesten Oeffentlichkeit die Sozialdemokraten zur Verantwortung gezogen werden. Kein Ablenkungsversuch, kein Täuschungsmanöver in Form von scheinradikalen Aufrufen wird die verlumpte und korrumpierte SPD.-Führerclique vor der Abrechnung bewahren.

Ministerpräsident Braun wieder da!

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 31. Januar.

Den Fußtritt, den der Ministerpräsident Braun in der letzten Landtagssitzung bekommen hat, hat nicht gesessen und ist den Sozialdemokraten auch nicht aufs Gemüt geschlagen, denn er erscheint schon wieder auf der Bildfläche und ist gestern im Preußischen Landtage mit sechs Stimmen Mehrheit wiedergewählt worden.

Es ist selbstverständlich, daß der Sozialdemokrat Braun an seinem hohen Posten klebt und sein altes Amt, trotz dieser Zufallsmehrheit von sechs Stimmen, wieder aufgenommen hat. Als Kandidaten zum Ministerpräsidenten waren noch aufgestellt: der Deutschnationale von Kries und der Kommunist Pieck. Ersterer erhielt 175, letzterer 39 Stimmen. Braun ist wiedergewählt worden, nur weil die sechs Hannoveraner weiße Zettel abgegeben hatten. Der Sozialdemokrat Braun wird also wieder ein Kabinett zusammenstellen, das dieselbe arbeiterfeindliche Politik wie das verflossene Kabinett betreiben wird. Die Kommunisten werden sich auch in Zukunft nicht von dem Geschrei der Sozialdemokraten beirren lassen, die wiedererstandene Braun-Regierung erneut zu stürzen. Bemerkenswert ist noch die Haltung des Zentrums in Preußen. Während das Zentrum im Reichstage die Stütze des Monarchistenblocks ist, stimmt sie im Landtage für den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten. Auf diese Weise glaubt das Zentrum ihren Arbeiterwählern und den sozialdemokratischen Arbeitern gerecht zu werden.

Die Arbeiter müssen aber die parlamentarischen Manöver genau beobachten, um zu der Ansicht der Kommunisten zu kommen, daß sowohl der schwarz-rot-goldene Block, wie der schwarz-weiß-rote arbeiterfeindliche Politik betreiben.

Die erzgebirgischen Kleinbauern erwachen.

Kleinbauernkongreß in Königswalde. — 700 Delegierte. — Deutschnationaler Sprengungsversuch. — Einstimmige Annahme der Resolutionen.

Am Sonntag fand in Königswalde der erzgebirgische Kleinbauernkongreß statt. Der Kongreß war von ungefähr 700 Delegierten aus den verschiedensten Ortschaften des Erzgebirges besucht.

Mißernte und unerhörter Steuerdruck haben die Kleinbauern zusammengeschlossen und sie zu Kämpfern gegen ihre Unterdrücker gemacht.

Mit stürmischem Beifall wurden die Referenten über

„Mißernte und Steuerdruck"

und „Die unzulänglichen Maßnahmen der sächsischen Regierung gegen die Not der sächsischen Kleinbauern" aufgenommen. In der Diskussion sprachen ausschließlich deutschnationale Führer des Landbundes. Der Ton ihrer Reden war sehr zahm und aus ihren Ausführungen klang immer wieder das Bestreben heraus, die Kleinbauern vor den Kommunisten zu warnen und sie mit Phrasen wie „Einigkeit macht stark" im Landbund zu halten. Ueberhaupt haben die Deutschnationalen eine gehörige Niederlage erlitten. Sie hatten es sich anders gedacht.

Es war geplant, den Kongreß zu sprengen. Zu diesem Zweck hatte der Landbund seine Mitglieder in einem Aufruf aufgefordert, zahlreich an dem Kongreß teilzunehmen. Außerdem hatte man den Wehrwolf von Annaberg, Königswalde usw. in Königswalde zusammengezogen, damit die nötige militärische Unterstützung nicht fehlte. In Marschkolonnen zogen die Faschisten schon am Vormittag durch den Ort.

Doch die deutschnationalen Führer, die kurz vor Beginn des Kongresses noch einmal in einer Sitzung den Schlachtplan beraten, hatten sich in den Kleinbauern und vor allem auch in den eigenen Mitgliedern verrechnet. Die Beifallsstürme zu der Begrüßung und den Referaten hatten ihnen jeden Mut genommen. Angesichts der Erregung der Kleinbauern versuchten sie nicht einmal in der Diskussion, den Resolutionen zu widersprechen sondern erklärten sich, um ihr Renommee bei den Kleinbauern zu retten, damit einverstanden. Nur ein reichliches Bäckerdutzend mitgebrachter treuer Schäfchen war es, die der deutschnationalen Rednergarnitur Beifall spendete.

Reichstagsabgeordneter Obendieck sprach im Namen der kommunistischen Reichstagsfraktion. Er rechnete mit der Politik der Deutschnationalen im Reichstag gehörig ab.

Die Abstimmung über die Resolutionen ergab die einstimmige Annahme derselben.

Nach Verlesung einiger Begrüßungsschreiben, u. a. des internationalen Bauernrates, sprach Bundesfreund Graf-Berlin noch einige Worte über den Zweck des Bundes schaffender Landwirte. Er verlas einen Aufruf des Kongresses an die erzgebirgischen Industriearbeiter, der das Bündnis zwischen Industrie- und Landproletariat forderte. Weiterhin stellte er den Antrag, daß die Resolutionen den Reichs- und Landtagsfraktionen aller Parteien zugestellt und diese um ihre schriftliche Stellungnahme gebeten werden sollen.

Nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden wurde der Kongreß geschlossen.

Welche Wirkung der Kongreß gehabt hatte, zeigten die zahlreichen Anmeldungen zum Bund. Unter den Eintretenden waren auch Landbündler.

Genosse Frunse, ein alter Kämpfer.

Wir erhalten folgenden Drahtbericht aus Moskau:

Genosse Frunse, der Nachfolger Trotzkis, wurde im Jahre 1885 in Piezpek (Turkestan) als Sohn eines Bauern geboren und wuchs in großer Not auf. Sein Vater ist ein russifizierter Moldauer. Genosse Frunse besuchte seit 1904 die Technische Hochschule in Petersburg, schloß sich der bolschewistischen Fraktion der Sozialdemokratie an und wurde aus der Stadt wegen Beteiligung an einer Demonstration ausgewiesen. 1905 nahm er an dem Dezemberaufstand teil, 1906 wurde er von der Partei zum Stockholmer Parteikongreß delegiert. Später arbeitete er propagandistisch in einer Textilfabrik in Iwanowo-Wosnesensk, wo er wegen der Organisation eines sozialdemokratischen Vereins und Widerstand gegen die Polizeigewalt verhaftet wurde. Nach fünfmaligen Prozeßverhandlungen, die zweimal mit Verurteilungen endeten, wurde er zu zehn Jahren Sibirien verurteilt. 1915 wurde er unter fremdem Namen flüchtig und arbeitete in der zaristischen Armee an der Schaffung revolutionärer Organisationen. Nach der Februarrevolution organisierte er Räte in Weißrußland und nahm an den Kämpfen gegen Kornilow teil.

Nach der Oktoberrevolution ist er Vorsitzender des Gouvernement-Exekutivkomitees und Kriegskommissar von Iwanowo-Wosnesensk und Jaroslaw. Er befehligte die vier Armeen der südöstlichen Front, die einen Angriff Koltschaks abwehren, befehligte dann die Turkestanfront und räumte Turkestan von den Weißgardisten. Er hatte den Oberbefehl über die Wrangelfront und leitete alle entscheidenden Operationen. Von 1920 bis 1924 hatte er den Oberbefehl über die bewaffneten Kräfte der Ukraine und der Krim und wurde zum Stellvertreter Trotzkis ernannt. Genosse Frunse ist Mitglied des Präsidiums des Zentralexekutivkomitees der Sowjetunion und des Zentralkomitees der Russischen Kommunistischen Partei.

Die Mitgliederzahl der russischen Gewerkschaften.

Moskau, 30. Januar.

Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften der Sowjetunion stieg im Vorjahre um 15 Prozent, von 5 500 000 auf 6 430 000. Die Erhöhung der Mitgliederzahl resultiert einerseits aus der Erweiterung der Industrie und andererseits aus dem Beitritt der Unorganisierten. Die Gewerkschaften erfassen ungefähr 94 Prozent der Arbeiter und Angestellten beim Prinzip der Freiwilligkeit. 88 Prozent Mitglieder zahlen regelmäßig Beiträge, obwohl Beiträge nicht vom Gehalt abgezogen, sondern individuell bezahlt werden. Die Finanzlage der Gewerkschaften ist günstig, der Apparat wird stark abgebaut, die Aktivität der Mitglieder wächst. 10 Prozent der Mitglieder sind aktive Gewerkschaftsfunktionäre. Die Arbeiterklubs erfassen bei freiwilliger Mitgliedschaft eine Million Mitglieder. Die Zahl der Arbeiterklubs und Arbeiterzirkel wächst ständig. Die Hauptaufgabe ist gegenwärtig, den Einfluß der Gewerkschaften auf das Dorf vorzubereiten.

Infolge Maschinendefektes in der Druckerei erhält leider ein Teil unserer Leser die vorliegende Zeitung verspätet. Wir bitten um Entschuldigung.

Redaktion und Verlag.

Arbeiterwohnungs-Baugenossenschaften und Wohnungsfrage in Moskau.

Von Dimitrii Jermolajew (Moskau).

Werte Genossen!

Ich will Euch einiges darüber mitteilen, was wir Arbeiter der SSSR. auf dem Gebiete des Wohnungsbaues unternehmen.

Ihr wißt ja, daß während des imperialistischen und auch des Bürgerkrieges unsere Bauten bedeutend gelitten haben, da die laufenden Reparaturen nicht vorgenommen wurden. Außerdem ließ uns der gewaltige Kampf, den wir zu führen hatten, nicht die nötige Muße dazu, uns um unsere Wohnungsverhältnisse zu kümmern. Gegenwärtig hat sich aber das Bild stark verschoben. Das Wachstum unserer Industrie zieht immer neue Arbeiterscharen aus dem Land in die Stadt herbei, und es ist klar, daß, wenn von Produktionserweiterung gesprochen wird, auch von Erweiterung der Wohngelegenheiten die Rede sein muß. Doch das Problem der Arbeiterwohnungen lösen, hieße ein Viertel Moskaus neu aufbauen. Dies erläutern uns folgende Zahlen:

Jahr	Grundstück	Zahl der Wohnungen	Veränderungen der Einwohnerzahl Jahr	Einwohnerzahl
1918	30.000	230,000	1912	1,618,000
1920	28,000	190,000	1918	1,716,000
			1920	1,027,000
1923	29,000	192,000	1923	1,523,000
			1924	1,800,000

Wir sehen: Seit 1918 beginnt eine Abnahme der Wohnfläche. Dies war die Zeit des heißesten Kampfes. Seit 1923 (nach Ueberwindung des Hungers) beginnt die Zunahme der Moskauer Bevölkerung.

Somit ist bis 1923 die Wohnfläche immer mehr zusammengeschrumpft und erst gegen Ende dieses Jahres findet eine kleine Steigerung statt. Doch gleichzeitig bemerken wir ein außerordentliches Wachstum der Einwohnerzahl, so daß die Wohnfläche stets hinter derselben bedeutend zurückblieb. Gegenwärtig entfällt pro Einwohner 11,37 Quadrat-Arschin (knapp 6 m²) Wohnraum, während er gesetzlichen Anspruch auf 16 Arschin (etwa 8 m²) hat. Berücksichtigt man die Baufälligkeit vieler Häuser in den Vorstädten, so ergibt sich, daß 4,63 Arschin (über 2 m²) pro Kopf fehlen. Die komplizierte Aufgabe des Wohnungsbaues können wir, infolge Geldmangels, nicht in ein, zwei oder sogar drei Jahren lösen, sondern wir brauchen dazu sechs bis sieben Jahre. Wir haben gesehen, daß eine gewisse Steigerung der Wohnfläche im Jahre 1923 eingesetzt hatte; damals ist von Hausverwaltungen, Institutionen und Betrieben die Summe von etwa 8 Millionen Rubel verausgabt worden, **im Jahre 1924 sind es bereits 58 Millionen Rubel, und es sind 43 Häuser mit 238 Wohnungen für 1200 Menschen gebaut worden, außerdem haben Trusts Wohnungen für 7450 Menschen und Hausbesitzungen solche für 6300 Menschen ausgeführt.** Doch genügt dies alles nicht. Es bedarf einer rascheren Erledigung dieser Wohnungskrise, und zu dieser Einsicht gelangt, hat der **Moskauer Sowjet Arbeiterwohnungsbaukooperativen gegründet. Nur Arbeiter und auch Angestellte staatlicher und gewerkschaftlicher Institutionen dürfen sich zur Mitgliedschaft anmelden. Die Sowjetmacht gewährt diesen Kooperativen eine Reihe Begünstigungen und unterstützt sie auf jede Weise:**

1. Alle Trusts führen **10 Prozent ihrer Gewinne an den Fonds der Wohnungskooperativen ab.**
2. Die Kooperativen sind **frei von allen Steuern.**
3. Sie erhalten **langfristigen Kredit von der Reichsbank,** etwa auf 15 Jahre, gegen geringfügige Prozente.
4. **Die besten Grundstücke** werden den Kooperativen zur Bebauung vergeben.
5. Sie genießen **Begünstigungen bei Anschaffung von Baumaterialien und bei ihrem Transport auf sämtlichen Wegen und Bahnen der SSSR.**

Hier einige Zahlen über die Entwicklung der Wohnungsbaukooperativen. Am 1. Oktober 1923 gab es deren 7, am 1. April 1924 — 19, am 1. Juli 1924 — 40, am 1. Oktober 1924 — 138. Das Grund- und Reservekapital betrug 1,664,000 Rubel, darunter Darlehen der Reichsbank 635,000 Rubel. Zehn Prozent Ueberführungen aus den Gewinnen der staatlichen Institutionen und Betriebe betragen 541,000 Rubel. Mitgliedsbeiträge und Anteilscheine 488,000 Rubel.

Im laufenden Jahr (1924) werden die Wohnungskooperativen 11,000 m³ (Kubikeinheit) für Wohnzwecke bereitstellen. Für 1925 sind 7 vierstöckige, 200 zweistöckige, 265 Kartoffel- und Holzbauten geplant, zusammen 510 Bauten für 15,030 Menschen und einer Kubatur von 936,200 m³. Das ist aber nur ein Teil der aufgeführten und aufzuführenden Bauten!

Jetzt, Genossen, will ich Euch erzählen, wie unsere Wohnungsbaukooperative in unserer Eisengießerei organisiert ist.

Bei ihrer Organisierung hatten wir 45 Mitglieder. Die **Mitgliedsbeiträge waren auf 50 Kopeken monatlich und 2 Rubel Eintrittszahlung festgesetzt,** der Anteilschein zu 20 Rubel mit Ratenzahlung bis zu einem Jahr. Wir haben also Einnahmen in der Höhe von etwa 990 Rubel. Doch müssen wir 4500 m² Wohnungsfläche fertigstellen. Dazu brauchen wir etwa 72,000 Rubel. **Diese Summe gibt uns die Reichsbank als Darlehen für 15 Jahre.** Somit erhält der Arbeiter eine Wohnung von zum Beispiel 100 m², es entfällt also auf ihn eine Zahlung von 160 Rubel in 15 Jahren, das heißt er hat monatlich 8 Rubel und einige Kopeken zu zahlen. **Wohnungsmiete zahlt er nicht mehr, er braucht nur noch die kommunalen Leistungen zu bezahlen.** Hat er die ganze auf seine Wohnung entfallende Summe abbezahlt, so wohnt er weiter **vollständig unentgeltlich.** Verläßt der Arbeiter die Wohnung, **so wird ihm die geleistete Zahlung zurückerstattet,** mit alleinigem Abzug der Amortisationssummen.

Mit der Geschäftsführung der Kooperative ist ein gewählter Vorstand betraut, mit der Kontrolle die Revisionskommission.

Dies ist, Genossen, ein anschauliches Bild dessen, wie wir, russische Arbeiter, an der Besserung unserer Wohnungsverhältnisse arbeiten.

Da uns die Staatsmacht gehört, **zwingen wir auch die begüterten und uns feindlichen Elemente der NOeP.** (Neue Oekonomische Wirtschaftspolitik), **uns am Wohnungsbau zu helfen, indem sie von jedem über die Norm hinausgehenden 5 m² ihrer Wohnräume 10 Rubel zugunsten der Wohnungskooperativen zahlen.** Dies läßt sich nur unter der Diktatur des Proletariats durchführen, und die haben wir. Folgt unserem Beispiel, Genossen, zwingt Eure Bourgeoisie, Euch zu dienen, so wie wir es mit der unsrigen getan haben.

Mit kommunistischem Gruß

Dimitrij Jermolajew,
Arbeiter der Eisengießerei, benannt nach Genossen Melenkow.

Moskau, den 20. Dezember 1924.

Steuerbefreiung für die Kleinbauern in Rußland. Die Befreiung von der Landwirtschaftssteuer wird in einem neuen Gesetzentwurf des russischen Finanzkommissariats für Kleinbauern vorgesehen. Danach werden rund 6 Millionen Bauernwirtschaften von der Landwirtschaftssteuer vollkommen befreit. Das bedeutet, daß etwa ein Viertel aller russischen Bauernwirtschaften steuerfrei sein werden. Für die großen landwirtschaftlichen Betriebe wird die Steuer ebenfalls stark ermäßigt werden.

Für sofortige Einheitskonferenz.

(Eigener Drahtbericht.)

Moskau, 30. Januar

Auf der heute stattgefundenen erweiterten Sitzung des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion unter Teilnahme der Vertreter der Zentralkomitees aller Gewerkschaften wurde nach Beratung das Antwortschreiben auf den Brief Amsterdams vom 5. Dezember angenommen. In dem Schreiben wird auf die irrtümliche Ausdeutung der eindeutigen Vorschläge der sowjetistischen Gewerkschaften hingewiesen. Im Briefe von den Amsterdamern wird behauptet, daß die Sowjetgewerkschaften als ersten Schritt zur Verwirklichung der Gewerkschaftseinheit — die Einberufung eines Weltkongresses aller Gewerkschaften vorgeschlagen hätten. Wohl betrachten die Sowjetgewerkschaften diese Maßnahme als die richtigste, gerechteste und zweckmäßigste, doch schlagen sie als ersten praktischen Schritt zur internationalen Gewerkschaftseinheit lediglich eine gemeinsame Konferenz der Vertreter des internationalen Gewerkschaftsbundes und des Zentralkomitees der Gewerkschaften der Sowjetunion vor. Dies und nur dies ist unser praktischer Vorschlag an Euch im gegebenen Augenblick. Wir glauben, daß die Konferenz — deren Vertreterzahl vereinbart werden müßte, etwa sechs jederseits betragen könnte — sich zur Aufgabe stellen muß, die Mittel ausfindig machen, welche die Herstellung der vollen Einmütigkeit ermöglichen würde. Diese Einmütigkeit ist eine wichtige Voraussetzung zur Schaffung einer Vereinigten Internationalen Organisation der Gewerkschaftsverbände, welche sämtliche gegenwärtig dem Intern. Gewerkschaftsbunde und der Profintern angeschlossene Verbände umfassen würde. Weder die eine noch die andere Seite soll bei diesem vorläufigen Schritt durch irgend etwas gebunden sein, außer durch das aufrichtige Bestreben, die Einheit herzustellen, was vor allem ausschlaggebend sein soll. Irgendwelche Vorbedingungen könnten der Sache der Internationalen Vereinigung nur stören. Wenn eine gemeinsame Basis auf dieser Konferenz gefunden wird, was übrigens unserer Meinung nach nicht schwer ist. Deshalb glauben wir, daß der erste Schritt eben in Gestalt einer Konferenz sein muß, deren Einberufung wir Euch bereits vorschlugen. Der Gedanke einer Internationalen Vereinigung der Gewerkschaften macht immer größere Fortschritte in vielen Ländern und bei den Arbeitern der verschiedensten politischen Lagern. Dieses gibt uns die Ueberzeugung, daß die Sache der internationalen Vereinigung jetzt endlich praktisch vorwärtsgebracht werden kann.

Gezeichnet: Tomski, Dogadow.

Neues Aufleben der Kämpfe in China.

London. 30. 1. 25.

Die Armee Lusungkiangs ist in einer Stärke von 5000 Mann in Schanghai eingerückt. Die italienische Marineabteilung ist bereits in einer Stärke von 450 Mann und 30 Maschinengewehren zum Schutze des Europäerviertels in Schanghai gelandet. Amerikanische Truppen, die auf den Philippinen stationiert sind, werden zur Abfahrt nach China bereitgehalten, um amerikanisches Eigentum zu schützen.

— **Ein Steigen der Brotpreise** von 10 auf 11 Pence für das vierpfündige Brot ist in London zu verzeichnen.

Die ungarischen Sozialhenker „einig". Trotz des verbrecherischen Paktes, den die ungarischen Sozialdemokraten mit ihrer Regierung geschlossen haben, ist, wie jetzt gemeldet wird, die „Einigkeit" in der ungarischen Sozialdemokratie wiederhergestellt.

Herriot — Poincare.

Der französische Ministerpräsident bekennt sich zur militaristischen Gewaltpolitik.

Paris, 31. Januar.

Ministerpräsident Herriot sprach in der Kammer zur außenpolitischen Debatte. Nach allgemeinen Phrasen über die „Verständigung" in Genf, die „Pazifizierung" der Welt usw. zog Herriot zu den Problemen der französischen Politik über und zeigte wieder einmal, daß er im Grunde nur die alte Politik Poincares fortführt. Er wies darauf hin, daß auch schon Poincare den Dawesplan angenommen und bewilligt habe. Er habe das Ruhrunternehmen liquidiert, weil es Frankreich doch keine Lieferungen eingebracht habe.

Zur Nichträumung der Kölner Zone stellte Herriot fest, daß in dieser Frage das Verhältnis unter den Alliierten recht „herzlich" sei. Man werde Deutschland zur Abrüstung zwingen. Er denke nicht daran, sich von Deutschland täuschen zu lassen. Auch eine Neuaufrollung der Kriegsschuldfrage werde er, Herriot, nicht zulassen. Des weiteren brachte Herriot, der Freund der Abrüstung in — Deutschland, Material über deutsche Rüstungen vor. Dieser Teil seiner Rede wurde selbst von der äußersten Rechten, dem Gefolge Millerands und Poincares mit Jubel begleitet.

Die schwerindustrielle Zeitung „L'Avenier" erklärt mit Recht Herriot habe vor der Kammer als zweiter Poincare gesprochen.

*

Oeffentlicher Anschlag der Rede.

Paris, 31. Januar.

Die Kammer hat mit überwältigender Mehrheit, allein gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossen, die Rede Herriots in ganz Frankreich anzuschlagen.

*

Und dieser Herriot wurde von den deutschen Kleinbürgern und Sozialdemokraten als Säule der Aera des Pazifismus hingestellt! Wie jubelten sie über die Verständigungspolitik, die dieser Vertreter des französischen Kapitalismus angeblich anstreben wolle. Aber schon vor einigen Wochen mußte das „Berliner Tageblatt" kleinlaut zugestehen, daß sich der lahme Herriot anscheinend auf den Säbel des Generals Foch stütze. Jetzt hat Herriot alle Masken fallen lassen. Er wird Deutschland die Faust zeigen, genau wie es Poincare getan hat. Die europäische Bourgeoisie ist es leid, weiter pazifistische Phrasen zu dreschen. Sie fühlt sich bereits wieder stark genug, offen und brutal ihren imperialistischen Kurs zu steuern. Dafür ist die Rede Herriots ein Beweis.

Der Papierkampf der Sozialdemokraten.

Der Bergarbeiterverband hat an das Reichsfinanzministerium und an das Reichswirtschaftsministerium ein Schreiben gerichtet, in dem er um Auskunft über die Art und Höhe der Ruhrentschädigungen bittet, die den Zechenherren vom Reich vergütet werden. In dieser Eingabe der Reformisten des BfV. heißt es:

„Die Bergarbeiter haben einen erheblichen Teil der entstandenen Lasten getragen und schweren Schaden erlitten. Die Frage der Entschädigung ist nicht nur eine Angelegenheit zwischen Regierung und Bergbauunternehmern; die Arbeitnehmerseite hat ein Recht zu erfahren, wie die Entschädigungsfrage geregelt wird."

Die Reformisten rechnen mit dem kurzen Gedächtnis des Ruhrkampfes. Sie rechnen darauf, daß das Proletariat bereits vergessen hat, wie bereitwillig sie dabei geholfen haben, die Lasten des Ruhrkrieges und der Micumverträge auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Und sie selbst denken gar nicht gerne daran, **daß sie gerade, mit dem Hinweis auf die Micumverträge die Notwendigkeit der Mehrarbeit begründet haben, und so den Achtstundentag verrieten.** Heute regt es sich wieder im Proletariat und da muß man radikal tun, heute fragt man nach den Entschädigungen, die die Grubenherren vom Reich für die vom Proletariat getragenen Lasten erhalten, obwohl man selbst diesen längst zugestimmt hat. Denn die Entschädigung an das Zechenkapital ist nämlich im Sachverständigengutachten und im Londoner Abkommen vorgesehen. Und zwar wird die Entschädigung für die vom Proletariat getragenen Lasten an die Kohlenbarone aus der Dawes-Anleihe gezahlt. So sieht das Dawes-Paradies aus, so sieht die Lastenverteilung aus, die die Kapitalisten vorgeschrieben haben im Londoner Pakt, und für die Sozialdemokratie und die reformistischen Gewerkschaften die volle Schuld trifft, woran kein Schreiben an die Ministerien etwas ändern kann, sondern nur der rücksichtsloseste Kampf bis zum Sturze der Ausbeuterherrschaft

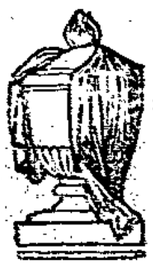
---

Geschäftliches.

— Am heutigen Tage wird die althistorische Gaststätte „Grüner Pollack" Reuschestraße 64 nach vollständigem Umbau und umfassender Renovation wieder für das Publikum geöffnet. Das Restaurant wird fortan mit einer guten Küche und den beliebten und bekömmlichen Bieren der Brauereien E. Haase und T. Kißing geführt werden. In einer am Eingang des Lokals gelegenen Frühstücksstube gelangen die vorzüglichen Fleisch- und Wurstwaren aus der bekannten Fleischerei Reinhold Meyer, Höchenstraße 47 zum Verkauf. (S. Inserat.)

VEREIN DER FREIDENKER FÜR FEUERBESTATTUNG E. V.

Sitz: Berlin — Gegründet 1905
Hauptgeschäftsstelle:
BERLIN NO 18
Friedenstraße 60
Telephon: Königstadt Nr. 7011, 7072
900 Ortsgruppen im Reiche



Mitglied der Arbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände der Deutschen Republik
Größte Feuerbestattungs-organisation Deutschlands
400 000 Mitglieder

Der Verein gewährt völlig kostenlose Bestattung einschliesslich des Transportes der Leiche nach dem nächstgelegenen Krematorium

Eigene Leichentransport-Automobile
Eigene Sargfabrik

Feste Geschäftsstellen in Breslau, Margarethenstr. 17, Zimmer 132; Gotha, Cosmarstr. 21; Leipzig, Berliner Str. 13; Stuttgart, Senefelderstraße 72b; Königsberg, Vorderer Roßgarten 61–52, Zimmer 1a; Magdeburg, Hohepfortestraße 41; Guben, Langestraße 4 (Buchhandlung Volksstimme); Hagen in Westfalen, Grabenstraße 3; Dresden, Jagdweg 1

Eigene Näherei für Sterbewäsche
Eigenes Sägewerk

Der Verein besteht seit 20 Jahren, baut sich auf rein proletarischer Grundlage mit sozialistischen Tendenzen auf — Uebertritt aus anderen Feuerbestattungsvereinen ohne Absolvierung einer Karrenzzeit jederzeit möglich — Klassenbewußte Arbeiter gehören in unsere Reihen

Monatsbeitrag Goldmk. 0.40, Jugendliche bis zu 16 Jahren Goldmk. 0.20, für Personen von 50 bis 65 Jahren Goldmk. 1.—, für Personen v. 65 bis 70 Jahren Goldmk. 2.—, über 70 Jahr Vollzahlung Goldmk. 120.—, auch in Raten à Goldmk. 10.—

Für den Eintritt in den Verein ist der Kirchenaustritt Bedingung

Theater

Sonnabend, 31. 1. 1925

Stadttheater
„Falstaff"

Lobetheater
Der Mann das Tier und die Tugend

Thaliatheater
Vom 1. Mai: „Rosenmontag"

Schauspielhaus
„Gräfin Mariza"

Liebich-Theater
Varieté-Vorstellungen

Viktoria-Theater
„Die Schmuggler"

Filmschau

für die Woche vom 30. Januar bis 5. Februar 1925

Ufa-Theater
„Jack Coogan" in der Not von Flandern

Tauentzien-Lichtspiele
„Prater" mit Henny Porten

Breslauer Weltbühne
„Das Mädel von Montmartre"

Ah-Lichtspiele
„Ich vertraue"

Beh-Lichtspiele
„Mein kleiner Kavalier"

Promenaden-Theater
„Thalia verrate"

Palast-Theater
„Kriminalnovelle"

Jupiter-Lichtspiele
„Ausgezeichnet Weltenstürmer"

Versammlungskalender.

Breslau. Sozialistische Zentralstelle. Am Sonnabend, den 31. 1. 25, abends 7½ Uhr, findet unter obiger Firma eine Bezirksversammlung statt. Es werden nur Mitgliedsbücher mit Beitragsmarken für 1925 zugelassen. Mitgliedsbücher mit Beitragsmarken für 1924 müssen vorher bei der Bezirksleitung umgetauscht werden.

Sonnabend, den 31. Januar 1925, abends 7½ Uhr, Werke der Proletarischen Spielgemeinschaft, Taubenstraße, Schule Kanonenhof.

Sonntag, den 1. Februar 1925, vormittags 10 Uhr, haben sämtliche Genossinnen und Genossen vom Bezirk zur Parteibühne zu erscheinen.

Gewerkschaften

Breslau. Sämtliche Metallarbeiter (alle Gewerken und Branchen) müssen in der Mitgliederversammlung am Montag, den 2. Februar, abends 7½ Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses erscheinen. Metallgewerkschaftskommission.

Andere Organisationen

Breslau. Der Kreis 11 des Reichsbundes ehemaliger Kriegsgefangener, Ortsgruppe Breslau, lädt seine Mitglieder, Freunde und Gäste zu einem Kameradschaftsabend am Sonnabend, abends 8 Uhr, im Gasthause „Zur Blumenau", Breslau, Tauentzienstraße 1, ein. Es wird ein reichhaltiges Programm geboten. Es wird um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Amtl. Bekanntmachung von Breslau.

Im Monat Februar 1925 sind an die Städtischen Steuerzahlstellen zu entrichten:

1. Bis zum 10. Februar
   a) Vorauszahlung auf die nach dem Ertrage zu entrichtende Gewerbesteuer für den Monat Februar von allen Gewerbetreibenden, die zu monatlichen Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer verpflichtet sind,
   Vorauszahlung auf die nach dem Gewerbekapital zu entrichtende Gewerbesteuer für das erste Vierteljahr 1925, soweit der für 1924 durch besonderen Bescheid festgesetzten Vorauszahlung,
   b) Schulgeld für den Monat Februar (nur Barzahlungen).
2. Bis zum 15. Februar
   a) Staatliche Grundvermögenssteuer
   Gemeindezuschlag zu dieser Steuer
   c) Hauszinssteuer (600% der jährlich. Grundvermögenssteuer)
   d) Kanal- und Müllabfuhrgebühren
   e) Getränkesteuer für den Monat Januar.

für den Monat Febr.

Breslau, den 1. Februar 1925.

Städtische Steuerkasse.

Monistische Gemeinde
Grünstraße 14/16

Sonntag, den 1. Februar 1925
nachm. 5½ Uhr

Achtzigjahr-Feier

Ausführende Chor. Bildungskranz, Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes Leitung G. Prange. Hennig-Quartett unter Leitung M. Hennig. Frau H. Stock, Solistin. Festrede K. Pietsch. Eintritt für Mitglieder frei. Nach Ausweis. Nichtmitglieder 50 Pfg. Der Kosenthal ist von Firma Großfleisch gestellt worden.

Stadtbekannt
gut u. billig kauft man nur im
Radio-Haus
Wachtplatz
Friedrich Wilhelm-Straße 16

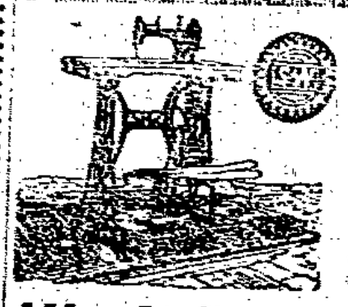
Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Ring 2545.
Täglich 8 Uhr:
In neuer Ausstattung
Gräfin Mariza

Thalia-Theater
Direktor Graay u. Stößer. Telephon Ring 6021
Heute 8 Uhr
Erstes Gastspiel
Der Meister Komödiensänger
Alfred Gerasch
in
„Rosenmontag"
Drei Akte in 3 Akten von R. A. Bernstein
Morgen Nachmittag 4 Uhr
Gr. Fremdenvorst.
Der Kühne Schwimmer mit Lotte Lossen
Morgen abend 8 Uhr
Letztes Gastspiel
Alfred Gerasch
„Rosenmontag"
Morgen u. die folgenden Tage abends 8 Uhr
„Haben Sie nichts zu verzollen?"

Sie müssen zu
Otto Reutter
ins Liebich-Theater!
Ab-schieds-Abend
Sonnabend, den 31. 1.

Circus Busch
Zgl. Tiv. Sige. a. Bühne
Kurzes Gastspiel der geliebten Film-Diva
Wanda Treumann
Wanda Treumann spielt die weibliche Hauptrolle der Marcelle im
Wasser-Manege-Schaustück
Der Graf von Monte-Christo
Vorher der ausgezeichnete Zirkus-Spielplan mit Leo's Wund.-Affen
Chester H. Dieck
Radwunder usw.
Nachmittags Erwachsenen- u. Kinder-Preise
Vorverkauf Zarasch u. Zirkuskasse

Zentral-Ball-Saal
Westendstr. 30/32. Telephon O. 4712
Jeden Sonntag:
TANZ!
Der Saal ist stets zu den kulantesten Bedingungen den Vereinen bestens empfohlen.

Naumann-Nähmaschinen

für Haushalt und Gewerbe empfiehlt
Alfred Schlesinger
Schmiedebrücke 29a, Tel. R. 6864, O. 6260
Auf Wunsch Zahlungserleichterung.

Die grosse
Heimgarten-Lotterie
Los 50 Pfg.
Ziehung: 20. Februar 1925
Schriftl. Bestellungen an Heinrich Eichenauer, Breslau, Gartenstr. 88

Lose-Verkaufsstellen:
Lotteriegeschäft B. Klement, Ring 22.

Lotterie-Einnehmer:
Fa. Reinhold Ludwig, Blücherplatz 1.
„ C. Kretschmer, Schmiedebrücke 29b.
„ Majunke, Neue Taschenstraße 24.
„ Zietschmann, Tauentzienstraße 1.
„ Dorn, Neue Schweidnitzer Straße 13.
„ Schroeter, Neue Schweidnitzer Str. 3.
„ Jungfer, Schweidnitzer Straße 52.
„ Zimmermann, Gartenstraße 104.
„ Scholz, Altbüßerstraße 57.
„ Linus, Czirwitzky, Ohlauer Straße 70.
„ Hübner, Schuhbrücke 13.
„ v. Kusserow, Oelsner Straße 3.
„ v. Johnston, Gneisenauplatz 3.
„ Berthold Beck, Rosenthaler Straße 19.
„ Lorenz, Frankfurter Straße 21.
„ Kosa, Ring 8.
„ Kosa, Schweidn. Stadtgr., N. Schweidn. Str.
Fa. Gustav Sagawe, Neue Schweidn. Str. 2.
„ Hanus, Ring 46.
„ Gust. Ad. Schleh, Schweidnitzer Str. 9.
„ Gust. Michler, Schmiedebr. 56, Eingang Kupferschmiedestraße.
„ H. Stry, Kupferschmiedestraße.
„ H. Roensch, Albrechtsstraße 28.
„ Hch. Stüber, Junkernstraße 9.
„ E. Fechner, Rhedigerstraße 1.
„ K. Przibilla, Gräbschener Straße 117.
„ Max Hübner, Gräbschener Straße 41.
„ G. Wagner, Poststraße 6.
„ H. Bartsch, Ritterplatz.
„ R. Migulla, Neue Taschenstraße 13.
„ K. Becker, Fränkelplatz 1.
„ Schles. Heimarbeit G.m.b.H., Feldstr. 24.
„ Schles. Volkszeitung, Hummerei 39.
„ O. Müller, Gneisenaustraße 1.
„ O. Berg, Moltkestraße 12.
„ O. Scholz, Dominikanerplatz 11.
„ A. Förster, Sternstraße 77.
„ A. Foerder, Sternstraße 76.
„ A. Schmidt, Sternstraße 5.
„ G. Rummel, Neumarkt 11.
„ K. Knoblich, Gneisenauplatz 2.
„ B. Dorn, Piastenstraße 16.
„ F. Otto, Neue Sandstraße 17.
„ J. Ratkowsky, Brüderstraße 5.
„ H. Pastrill, Tauentzienstraße 81.
„ H. Müller, Klosterstraße 69.
„ H. Nähring, Michaelisstraße 98.
„ A. Simonides, Matthiasstraße 34.
„ C. Moritz, Adalbertstraße 2.
„ M. M. Stephan, Domstraße 12.
„ T. Palka, Yorkstraße 52.
„ G. Ibsch, Neue Adalbertstraße 107.
„ F. Meja, Taschenstraße 9.
„ O. Rudolph, Neudorfstraße 58.
„ J. Kastellan, Holteistraße 29.
„ Graupe, Rosenthaler Straße 8/10.
„ P. Baron, Werderbrücke.
„ H. Herzig, Oderstraße 16.
„ K. Herrmann, Leuthenstraße 68.

Weitere Verkaufsstellen:
Fa. Max Milde, Graupenstr. Ecke Freiburg.
„ P. Königsberger, Kais.-Wilhelm-Str. 15.
„ Franz Scholz, Gartenstraße 93.
„ Ernst Bleisch, Lehmgrubenstraße 1.
„ Lindau & Winterfeld, Sadowastr. 1a.
„ Leopold Birkholtz, Königsplatz 3b.
„ Josef Weiß, Friedrich-Wilhelmstr. 23.
„ Max Schirduan, Nikolaistraße 22.
„ Max Petersilie, Reuschestraße 37/38.
„ J. Stillmann, Reuschestraße 48.
„ Monopol-Drogerie, Graupenstr. 6/10.
„ Kilian & Co., Gartenstraße 47.
„ Julius Hecht Nachf., (P. Morawa) Friedrich-Wilhelm-Straße 9.
„ Paul Barau, Tauentzienstraße 93.
„ Hch. Cador, Kaiserstraße 17.
„ Max Paul, Blücherstraße 1.
„ Peter Jansen, Bismarckstraße.
„ Paul Hauschild, Matthiasstraße 96
„ Erich Bethe, Matthiasstraße 94.
„ Jos. Czernik, Höfchenstraße 74.
„ Max Prüfer, Karlsplatz 5.
„ Labant & Sohn, Gartenstraße 66/70.

Fische noch billiger!
Prachtvolle fette große grüne Heringe das Pfund 19 ₰
Dienstag oder Mittwoch eintreffend
Blutfrisch. echter Nordsee-Seelachs im Schnitt Pfd. 29 ₰
ff. Danziger Fettsprotten goldgelbe Räuchg. Pf. 13 ₰
in Breslau frisch geräuch. Fett-Vollbücklinge Pfd. 19 ₰
und vieles andere
Bitte beachten Sie die Preise in den Fenstern
NORDSEE
Geschäftsführer: Fischer Dresp.
Nur Breitestraße Nr. 2, an der Reuschestraße.
Nur Schmiedebrücke, Passage 18, rechts vom Ring aus.
Nur Neue Schweidnitzer Straße 5a, rechts von der Gartenstraße aus.
Fernsprecher: Ohle 5390, 5291, 6225. Für auswärts Ohle 5290.
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Erstklassig eingerichtet
Frack- und Rock-Anzüge
H. Mohaupt
Karlstr. 1, 1. Tel. St. 1301, inh. Albrechter.

Arbeitsschuhe
Arbeitsstiefel
eigene Fabrikation zu Fabrikpreisen bei
Ucko
Taschenstraße 9.
Bezeiger dieses 5% Rabatt.

Geachtet
bei allen Einkäufen immer nur unsere
Inserenten!

Althistorische Gaststätte
„Grüner Pollak"
Reuschestrasse 64
Vollständig umgebaut u. neu eingerichtet
Frühstücks-Stube
Verkauf von Fleisch- u. Wurstwaren aus der Wurstfabrik Reinh. Melzer, Höfchenstr. 47
Sämtliche Biere der Brauerei E. Haase und Kissling-Bier
Heute Wieder-Eröffnung!

Wo? werden noch Maß Schuhe und Stiefel sauber und preiswert angefertigt, Reparaturen schnell und billigst ausgeführt
beim Schuhmacher
Hermann Steinert
Penzig O.-L.

Herren-Garderobe
fertigt preiswert an
Radlewski
Oderstrasse Nr. 14, III.

Genossen! Werbt unermüdlich für Eure Partei-Presse!

Schuh-Ausverkauf wegen gänzlicher Geschäfts-**Auflösung**

Nie wiederkehrende Gelegenheit zum Erwerb guter Schuhwaren aller Art zu denkbar billigsten Preisen, teils unter Einkaufspreisen!

Schuhhaus Moffmann
Breslau Reuschestr. 63

Da das Lager in allerkürzester Zeit geräumt sein muß, erfolgt der Verkauf zu jedem annehmbaren Preise an Private sowie Wiederverkäufer!

Die Tribüne

Lied der Bergproleten.

So schwarz ist keine Nacht wie die,
die uns im Berg zum Vieh erniedrigt hat,
die viele Stufen tiefer als die Stadt
sich Mauern auferbaut aus schwarzem Rauch;
da sind nicht Stern, nicht Baum, nicht Blumenhauch,
nur wir im Wasser bis zum Knie.

Die schwarze Nacht, so tief voll Gier
ins Herz der Welt gebohrt mit schwarzem Stahl:
da dunkeln dumpf Gewölbe Saal in Saal
mit Schienenspur, Kanal und Gletscherspalt,
mit Gasgewalten im Gestein verkrallt
und Pferden so verflucht wie wir.

Wir tragen den verdammten Tod,
der Adam traf und uns so bös entstellt
wie keinen mehr auf dieser Elendswelt,
nicht mit Gelassenheit. Wir sind bereit!
Wir heben Fäuste wider diese Zeit,
und unsere Fahne, die ist rot.

Wir sind nicht zehn, nicht tausend bloß:
wir sind Millionen schon zum Schwur geballt.
Und oben, in dem schwarzen Schornsteinwald,
da murrt der Sturm, da zuckt der weiße Blitz:
Wie lange noch regiert der Baal Besitz?!
Wann reißt geducktes Vieh sich los?

Das Vieh steht auf. Das Vieh bricht Bahn,
der Bergmann und das blinde Grubenpferd.
Da knallt kein Schuß mehr und da steht kein Schwert
mehr wider uns. Wir sind so tief gefeit,
wir haben uns weit aufgetan.

Wir warten nur am Meilenstein
auf euch, die ihr noch nicht erkennen wollt,
wohin uns, Volk, die rote Brandung rollt,
wenn abgewogen wird und ausgezählt.
Nicht wir, nicht ihr allein seid auserwählt,
die ganze Menschheit soll es sein.

P. Zech.

Christentum und Kapitalismus.

Von Adalbert Foger.

Der deutsche Kapitalismus hat in den Kriegs- und Nachkriegsjahren um das Seelenheil im Jenseits höchst unbekümmert sich einzig und allein um höchst irdische Inflationsprofite und Schiebergewinne interessiert hat, wendet sich in den letzten Zeiten wieder den Fragen der Religion zu. Die Partei des deutschen Schwerkapitals, die Deutsche Volkspartei, veröffentlichte vor kurzer Zeit ein Kulturprogramm, in dessen Mittelpunkt die christliche Erziehung, der Kampf gegen die weltliche Schule stand. Die bayrische Expositur der Deutschen Volkspartei, die Bayrische Volkspartei setzt den Plan des Konkordats in Bayern durch, ein Hohn auf die geistesbefreiende Arbeit der größten deutschen Dichter und Denker, auf die Namen Lessing, Kant, Schiller, Humboldt, Feuerbach — deren das offizielle Deutschland mit so viel Stolz zu gedenken pflegt. Die Organe des deutschen Großkapitals, die „DAZ.", die „Kölnische Zeitung" betonen mit immer mehr Nachdruck die Notwendigkeit der christlichen Kultur für Deutschland und erklären, daß diese einen Faktor des „Genesungsprozesses" bilden müsse.

Die Bedeutung dieser neuen Verbrüderung zwischen Christentum und Kapitalismus darf nicht unterschätzt werden. Die jüngst veröffentlichte päpstliche Botschaft, die eine einzige große antibolschewistische Schimpfkanonade war, die Kommunistenhetze der mit den Faschisten verbündeten französischen Bischöfe sind Zeichen dafür, daß es sich um eine internationale Erscheinung handelt, die jedoch in Deutschland ihre besondere Note erhält.

Welche Absichten der deutsche Kapitalismus dabei verfolgt, das zeigt am schönsten der Leitartikel in der Weihnachtsnummer der „Deutschen Bergwerkszeitung". Hier wird das Christentum als eine Religion begrüßt, die in denkbar schärfstem Gegensatz zum Pazifismus steht. Und zwar hält das Christentum nicht nur den Pazifismus in außerpolitischem Sinne für eine Einbildung. Nein, das Christentum steht auf dem Boden eines nüchternen Realismus". Das bedeutet mit anderen Worten, daß auch „in dem Verhältnis von Mensch zu Mensch und von Stand zu Stand (!!) die Weihnachtsbotschaft keinen ewigen Frieden verheißt. Dem steht die große Verschiedenheit der Menschen entgegen. — Eine Ungleichheit in Lebensstellung und im Besitz ... das nimmt das Christentum als eine gegebene und unabänderliche Tatsache hin. Die idealistische Religion ist eben, wie A. Voigt es treffend ausdrückt, sozialrealistisch." Es gibt keinen schärferen Gegensatz als zwischen Christus und Karl Marx. Während der Stifter der Kirche erklärt: „Arme wird es allezeit unter Euch geben", will der Marxismus im Zukunftsstaat die Ungleichheit der Menschen und damit den Anlaß der sozialen Differenzen beseitigen. Das ist vollendete Utopie. Der Marxismus sieht nur die Schattenseiten der menschlichen Ungleichheit und übersieht das Gute und Notwendige, was in ihr liegt."

Man muß der „Deutschen Bergwerkszeitung" wirklich dankbar sein, daß sie die Gründe für die Sympathien der Kapitalistenklasse zum Christentum so klar aufzeigt. Noch lehrreicher wird die Sache dadurch, daß die Zeitung den zur Religion bekehrten Werner Sombach zitiert, wonach „ohne einen Glauben an Gott der Kampf gegen den aus Gottlosigkeit geborenen Klassenkampf nicht möglich sei".

Der Kapitalismus ist nicht mehr fähig, eine wissenschaftlich begründete rationelle Weltanschauung dem Marxismus entgegenzusetzen. In seinem Kampf gegen den wissenschaftlichen Kommunismus muß er zu den alten Methoden der geistigen Knebelung der unwissenden Massen greifen, die die Kirche ausgebildet, und die Bourgeoisie in der Periode ihres Aufstiegs einst mit Verachtung von sich abgewiesen hat. Die Erneuerung des (formell niemals gelösten, aber in der Tat gelockerten) Bündnisses zwischen Kapitalismus und Christentum ist ein Zeichen für den Zerfall des Kapitalismus, die besondere Innigkeit dieses Bündnisses in Deutschland ein Zeichen für den besonderen Grad, den der Zerfall des Kapitalismus in Deutschland erreicht hat.

Kampf gegen den Marxismus ... Kann die Sozialdemokratie dabei fehlen? Keinesfalls. Auch der „Vorwärts" beeilt sich in seinem Weihnachtsleitartikel in die antimarxistische Einheitsfront der bürgerlichen Presse einzugliedern. Genau wie die „Kölnische Zeitung" und die „Deutsche Bergwerkszeitung" legt der „Vorwärts" das Hauptgewicht darauf, den verfluchten Klassenkampf zu leugnen. Der Klassenkampf wird zu diesem Zwecke in einen Kampf der „Väter und Mütter um das Wohl der Kinder" umgewandelt. Gewiß ist das Wohl der Kinder den proletarischen Eltern ein Gut, das über ihr eigenes steht; aber sie müssen wissen und sie erfahren es jeden Tag, daß sie das Wohl ihrer Kinder nie und nimmer durch Appell an die Kinderliebe der Arbeitgeber sichern können, sondern durch schonungslosen harten Klassenkampf.

Der „Vorwärts" ist aber so tief gesunken, daß er das Heil der proletarischen Kinder nicht vom Klassenkampf der Arbeiterschaft, sondern von dem „sozialen Verständnis" der Kapitalisten erwartet. Es ist eben nur ein Mißverständnis, daß der Klassenfriede noch nicht hergestellt ist. Die Kapitalisten wissen leider noch nicht, daß die Arbeiter nur für ihre Kinder kämpfen. Wüßten sie das, was würde geschehen? Der „Vorwärts" antwortet: Damit wäre die soziale Verständnislosigkeit beseitigt!

Nach dieser Vorbereitung kommt das schönste Bekenntnis: „Unsere Gegner schelten unsere Lebensauffassung materialistisch, wir wissen, wie ungerecht dieser Vorwurf ist." Die deutsche Sozialdemokratie hält es für ungerecht, wenn man ihr „Materialismus" vorwirft.

Und so geht es weiter tagtäglich im „Vorwärts" und in der gesamten sozialdemokratischen Presse. Aengstlich wird das Wort Klassenkampf gemieden. Eine ekelhafte, geheuchelte Quäkerreligion wird den Arbeitern statt Aufklärung im Geiste des Marxismus geboten. „Sozialismus ist Glaube an das Kind, Wille zur Erlösung (!), werktätige Liebe zum kommenden Geschlecht." In dem Zeichen des Glaubens, der Erlösung, der „christlichen Liebe" schließt sich die Einheitsfront zwischen Kapitalistenklasse und Sozialdemokratie zur ideologischen Entwaffnung des Proletariats.

Ein Traum.

Müde streckte der Gefangene seine saftlosen Knochen auf die Pritsche. Er hatte zum ersten Male bei einer Mattenflechterkolonne mitgearbeitet und noch lief ihm das Blut durch die Finger. „Alles muß gelernt sein", hatte ihm der aufsichtsführende Beamte gesagt. „Alles kostet Lehrgeld", hatte grinsend der Hauptwachtmeister gemeint, als er mit sadistischem Lächeln das Blut an den Händen des Gefangenen betrachtete. Diese brutalen Worte fraßen am Herzen des Gefangenen. Trotz der furchtbaren Müdigkeit konnte der Gefangene nicht einschlafen. An der kahlen, dreckig-grau getünchten Wand markierte sich auf blutigrotem Grund das Eisengitter des Fensters, der Reflex der untergehenden Sonne. Die wildesten Gedanken durchtobten sein gemartertes Hirn.

Wie im Film jagten die dreißig Jahre seines Lebens an ihm vorüber. Frau „Sorge" stand schon am Wochenbett, als er kaum die ersten Töne von sich geben konnte. Frau „Sorge" war übrigens ständiger Gast im Hause der Eltern. Freudlos war seine Jugend. Wie oft hatte er den Hausspruch über der Stubentür buchstabiert: „Tritt ein, bring Glück herein!" Bis zu dem Tage, wo er bewußt denken lernte und die Ueberzeugung gewann, daß jener Spruch elender Schwindel sei. Denn alle diejenigen, die zu seiner Zeit den Fuß über die Schwelle setzten, waren liebe, gute Menschen, die, wenn sie selbst das Glück gehabt hätten, sicher den Eltern damals etwas davon gegeben hätten.

Mit dem Verslein: „Ein jeder ist seines Glückes Schmied" hatte er das Elternhaus verlassen. Auch den Widersinn in diesem Sprüchlein seiner Großmutter entdeckte er bald. Und so war sein ganzes Leben bisher bittere Enttäuschung gewesen.

Grausamer Hohn war der Inhalt seines Daseins. Noch am letzten Sonntag, als in der „Vaterunserfabrik" der Pfaffe zu den „lieben Brüdern" sprach und das Lied „Bis hierher hat uns Gott gebracht durch seine große Güte" aus heiseren Kehlen zu ihm drang, während er im Bärentempo „Freistunde" unter Aufsicht eines schwerbewaffneten „Bruders" machen mußte, da ballte sich die Hand zur Faust und er fluchte der Stunde, in der er gezeugt ward. Alles das wühlte in ihm.

Plötzlich sah er sich wieder im großen Saal des Reichsgerichts, wo all die Männer im roten Talar rumkrochen und das Recht suchten. Aber ganz anders war jetzt alles. Damals stand er mit zehn Genossen hinter jenen Tischreihen als „Angeklagter". Doch jetzt, was war das? Standen da nicht all die Mameluken aus seinem Prozeß in Reih und Glied vor ihm? Er war Vorsitzender und mit ihm sprachen die anderen neun Genossen — Recht! Inmitten des großen Saales war auf Rollen ein starkes Tau an der Decke befestigt. Der Wappenreihe nach, die jenen Saal ziert, waren die Vertreter des Staatsgerichtshofes angetreten. An jedem Tauende wurde je einer angeknüpft. Der Letzte mußte den Dürrsten hochziehen. Hei, das ging schnell. Und wie sie jammerten, die Elendswinkel. „Denken Sie an meine Frau und meine Kinder", bettelte einer. „Habt Ihr damals an die unsrigen gedacht?" „Ich will mich ja gern Ihnen zur Verfügung stellen", heulte ein anderer. „Kennen wir zur Genüge seit 1918. Haben daraus gelernt."

Die Reihe war bald zu Ende. Die Sonne sandte ihre letzten Strahlen. Nur matt fiel das Licht durch die buntglasigen Fensterscheiben. „Alles muß gelernt sein", hörte er eine Stimme donnern, „auch das Gefühl, sich selbst vernichtet zu sehen." „Alles kostet Lehrgeld", grinste ein Zuschauer, als der dicke Fabrikant für Fußabtreter einen dürren Juristen aus Leipzig hochzerrte.

Zum ersten Male hatte der Gefangene das Gefühl des Friedens in seinem Herzen. Zum ersten Male beglückwünschte er die Stunde, die ihm das Licht der Welt erblicken befahl. Denn jetzt konnte er seinem Kinde sagen: „Auch ich war ein Schmied der Zukunft; den Fehler meines Lebens wettzumachen, war meine Pflicht, damit Du leben kannst als Mensch unter Menschen."

Da dröhnte der Ton der Gefängnisglocke an sein Ohr. Er schreckte auf. Ein trüber Morgen war angebrochen. Der Aufseher rasselte mit dem riesigen Schlüsselbund und brüllte: „Aufstehen!"

Der Gefangene hatte leider nur geträumt!

F. M.

Sammelt „Rote Hilfe"

MESS MEND

29

oder: Die Yankees in Leningrad

Copyright by Moderner Verlag, Wien 1924

„Franzose oder Teufel," mischte sich wieder Xaverius ein, „sicher ist, daß er brennend rot ist. Diese Farbe gehört nicht auf die See. Wenn du rotes Haar hast, dann laß' dich auf einer Bank anstellen und steck' deine Nase nicht auf die See hinaus, wenn du nicht die ganze Besatzung ins Unglück stürzen willst. Es ist noch nicht vorgekommen, daß der Ozean sich einen roten Mann an Bord hat gefallen lassen."

Das Gespräch brach ab. Die Matrosen hockten in dunklen Ecken, und man weiß nicht, ob es die schlechte Beleuchtung oder der Tabakrauch war, — aber ihre Gesichter sahen aschfahl aus.

Bisk verließ den Maschinenraum, machte etwa hundert Schritte, sah sich prüfend um, fuhr mit dem Finger über die Eisenplatte der Wand und schlüpfte in den plötzlich entstandenen Spalt hinein. Die Wand schloß sich sofort wieder und Bisk befand sich in einer winzigen, aber sehr gemütlichen Kajüte mit einem Ventilator an der Decke und einer seitlich angebrachten elektrischen Lampe. Die Werftarbeiter hatten diese geheime Kabine für ihre Zwecke gebaut. Vor Bisk auf dem Tische lag ein Heft, in die Tischplatte war ein Tintenfaß eingelassen, eine Feder hing an einer langen, dünnen Kette. Bisk schlug die erste Seite des Hefts auf.

„Bericht von Bisk
über die Fahrt auf dem Torpedo"

schrieb er am Kopfende nieder. Dann folgte der erste Bericht:

Die Persönlichkeit des Kapitäns Gregoire ist nach den Er-

nach Rußland, mit Ausnahme von Wassilow. Seine Kajüte in der zweiten Klasse trägt die Nummer 117, sie befindet sich zwischen der Schiffstreppe und den Kajüten des Dienstpersonals. Ich habe sie geprüft und nichts Auffälliges feststellen können. Sicherheitshalber habe ich auch die Nebenkajüten untersucht. Das Eisen, mit dem die Wände aller Kajüten des Dienstpersonals beschlagen sind, stammt offenbar nicht von unseren Werken, — kein einziges Blech trägt unseren Stempel. Es ist mir nicht gelungen, zu dem Kapitän einzudringen. Unter den nach Europa reisenden Passagieren sind verdächtig: Bankier Westinghaus — Reiseziel Hamburg; Senator Rotebeat mit seiner Tochter — Stettin. Westinghaus soll auf dieser Reise Zerstreuung suchen, um sich über das Verschwinden seiner Geliebten zu trösten, während der Senator Rotebeat der Laune seiner Tochter nachgegeben hat, die seit einiger Zeit ohne ersichtlichen Grund den Bankier Westinghaus verfolgt. Ganz unbegreiflich ist die Anwesenheit Arthur Rockefellers auf dem Dampfer, der nach dem Plane der Faschisten inkognito nach Sowjetrußland reisen sollte. Unter den Passagieren gibt es keinen einzigen, in dem man den verkleideten Rockefeller vermuten könnte."

Nachdem Bisk das geschrieben hatte, riß er die Seite aus dem Heft heraus, legte sie in ein Kuvert, verließ unbemerkt die Kajüte und war schon einen Augenblick darauf in der Postabteilung, wo unsere alte Bekannte, Miß Toter, das Zepter führte. Auf eine Empfehlung der vornehmen Gäste der „Patriziana" hin wurde ihr dieser Posten anvertraut.

„Miß Toter," sagte Bisk, „hier haben sie den ersten Brief für Mic. Ich hoffe, daß er nicht der letzte sein wird und daß wir mit Ihnen glücklich in Kronstadt anlangen werden."

Miß Toter antwortete nichts, nahm den Brief und trat an einen der vielen dunklen Käfige, die an der Decke des Raumes hingen. Die Tür dieses Käfigs war mit den winzigen zwei Buchstaben „M. M." bezeichet.

„Das sind Miß Tauben", flüsterte Miß Toter und seufzte

öffnete das Fenster an der Decke und ließ den Vogel in die Freiheit.

Bisk pfiff vor sich hin wie einer, der seine Pflicht erfüllt hat, steckte die Hände in die Hosentaschen und kehrte auf dem kürzesten Wege zum Deck zurück, d. h. er schob die Eisenplatten an der Wand auseinander und verschwand in einem schmalen, in der Wand befindlichen Gang. Er ging kaum zwei Minuten durch die Dunkelheit, als er plötzlich wie angewurzelt stehen blieb. Hinter der Wand, in seiner unmittelbarsten Nähe, ertönte ein pfeifendes Geräusch, einige Sekunden darauf verwandelte es sich in ein Rascheln, — und jemand ging dicht an Bisk vorbei, so nahe, daß der Mechaniker sich unwillkürlich an die Wand drängte, obwohl der andere durch starkes Eisenblech von ihm getrennt war. Gleich darauf klappte etwas über ihm zu, — nach dem Geräusch konnte es eine zuklappende Luke gewesen sein.

Aber der Schottländer Bisk hielt sich mit Recht für einen mutigen Burschen. Er wartete einige Minuten, schob dann das Wandblech auseinander und trat heraus, ohne in seine Kajüte einzutreten.

„Man wird diesen Brief ergänzen müssen ... Schneller, als ich es gedacht habe!" sagte er sich mit philosophischer Ruhe.

In diesem Augenblick liefen einige Matrosen an ihm vorüber:

„Ein Befehl vom Kapitän — ‚Torpedo' soll sofort in den Neuyorker Hafen. Die Abfahrt ist auf morgen früh festgesetzt."

Bisk hielt einen vorüberlaufenden Jungen an und fragte ihn:

„Wann ist der Befehl gegeben worden? Ist denn der Kapitän an Bord?"

„Den Kapitän sieht keiner von uns," flüsterte ihm der kleine Matrose zu, „die Befehle werden durch den Steuermann gegeben ..."

Lokales

Denke!

O Volk! In Deinem Denken liegt die Kraft,
Daß Du nicht denkst, hat Dich soweit gebracht,
Nur denken führt Dich einst dem Ziel entgegen
Das Marx und Liebknecht haben Dir gelehrt.
Auf dieser Bahn wird man Euch nicht besiegen,
Hinweg mit denen, die Euch noch belügen!

Wie viele Jahre sind dahingegangen,
Wo Klassenkampf Dein ganzes Denken hüllte ein
Wo Kampfeslieder riefen Euch zum Streik,
Nicht Deutschland über alles, und nicht die Wacht am Rhein.
So laßt uns wieder denken, sowie es einstmals war,
Die roten Fahnen schwenken, drumm auf, Du Proletar.

Wie viele tausend Opfer gefallen sind im Streit,
Um freie Menschenrechte für Eure Einigkeit,
Noch Tausende, sie schmachten in Zuchthaus-Barbarei,
Denkt all an sie, Genossen, und stürzt die Tyrannei.
Vor diesen Opfern werden einst sich rote Fahnen senken,
Vergeßt diese Opfer nicht und fanget an zu denken.

Drum denket nach, Genossen laßt reifen sie zur Tat
Dann wird die Stunde kommen, wo aufgeht Eure Saat,
Dann wird die Armut siegen, über Reichtum Altar Thron,
Aus geistiger Umnachtung und bittrer Arbeitsfron,
Nicht Deutschland über alles, und nicht die Wacht am Rhein,
Die Internationale, sie wird die Menschheit sein.

„Eine Sitzung von historischer Bedeutung"

nennt die „Volkswacht" die Breslauer Stadtverordnetensitzung vom 29. d. Mts. Die historische Bedeutung liegt nach sozialdemokratischer Auffassung in der Tatsache, daß die sogenannten Stadtväter 150 000 Mark für ein Luftverkehrsunternehmen der Bourgeoisie bewilligten.

Auch wir sind der Ansicht, daß jener Sitzung eine außerordentliche Bedeutung beigemessen werden muß. Freilich aus anderen Gründen. Haben doch die Herren Stadtväter sich als die brutalen Vertreter ihrer Klasse in einer Weise entpuppt, wie nie zuvor.

Hier die amtlichen Beweise:

I.

Tageb.-Nr. 81/25. **Magistr.-Nr.** XIV b L. 13.
Berichterstatter: Dr. Marck
Magistratsschreiben vom 22. Januar 1925.

Wir ersuchen ergebenst um **Zustimmung, daß der Stadttheater-G. m. b. H. 170 000 Mark als Zuschuß für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1925 gezahlt und der Betrag zu Lasten des Jahresabschlusses bereitgestellt werde.**

Gründe: Unter der wirtschaftlichen Notlage, die bei allen deutschen Bühnen hervortritt, leidet auch in hohem Grade das Breslauer Opernhaus. Die Breslauer Stadttheater-G. m. b. H. hat sich daher genötigt gesehen, an uns mit der Bitte heranzutreten, ihr zur weiteren Aufrechterhaltung des Spielbetriebes für Januar bis März 1925 einen Zuschuß von 170 000 Mark zu gewähren.

Wir haben uns dieser Bitte nach eingehender Prüfung nicht verschließen können und den Betrag in der Sitzung vom 20. Januar 1925 bewilligt.

II.

Tageb.-Nr. 63/25. **Magistr.-Nr. Jug. III. S. I. 3.**
Berichterstatterin: Frl. Nowak.
Magistratsschreiben vom 10. Januar 1925.

Zum Schreiben vom 27. November 1924
— Tgb.-Nr. 794/23 — Prot.-Buch Nr. 564 —

teilen wir ergebenst mit, daß wir dem Beschlusse der geehrten Versammlung, den konfessionellen Kindergärten vom 1. November 1924 ab 50 Prozent des an die weltlichen Kindergärten gezahlten Zuschusses zu gewähren, unter der Voraussetzung beigetreten sind, daß dem Magistrat ein entsprechender Einfluß auf den Betrieb eingeräumt wird.

Dem zweiten Teile des Beschlusses, die konfessionellen Kindergärten der Aufsicht von Schulärzten zu unterstellen, vermögen wir nicht beizutreten.

Die Schulärzte haben nach ihrer Dienstanweisung nur die Schulkinder zu überwachen. Die Behandlung selbst ist ihnen wegen des Einspruchs der praktischen Aerzte untersagt. Wenn nötig, werden die Kinder von ihnen in ärztliche Behandlung (Familienkassen, Poliklinik usw.) überwiesen. **Jeder Schularzt hat über 20 000 Schulkinder zu überwachen** und weiterhin regelmäßige Aufnahmeuntersuchungen und Klassenbesuche zu machen. Für eine sonstige Tätigkeit bleibt ihnen keine Zeit übrig. Wir können ihnen daher die hygienische Ueberwachung der Kleinkinder nicht übertragen.

III.

Tageb.-Nr. 24/25. Magistr.-Nr. [illegible] 123.
Berichterstatter: Sandmann.
Magistratsschreiben vom 22. Januar 1925.

Wir bitten um Einverständnis,

daß die Stadtgemeinde Breslau an der nach Maßgabe des beiliegenden Gesellschaftsvertrages zu gründenden Schlesischen Luftverkehrs-A.-G. sich mit einem Kapital von 150 000 Reichsmark beteiligt, ferner anteilsweise die Sicherstellung der Roheinnahme für das Befliegen der Strecke Breslau—Berlin mit übernimmt und daß die dafür erforderlichen Mittel von 150 000 Mark und 50 000 Mark, zusammen 200 000 Mark, vorschußweise bereitgestellt werden, vorbehaltlich der endgültigen Deckung nach dem Ergebnis der Jahresabschlüsse der städtischen Verwaltung für 1924 und 1925.

Im Fall I begründete der sozialdemokratische Professor Dr. Marck die Vorlage und wurde von zwei anderen sozialdemokratischen Akademikern, Rechtsanwalt Sandmann und Stadtrat Dr. Landsberg, unterstützt. Letzterer berief sich hierbei auf Lenin und dessen Förderung der Kunst und berief sich darauf, daß er [illegible] Kunst vor und nach der Eroberung der politischen Macht nicht begriffen hat. In Sowjetrußland ging die Förderung der Kunst Hand in Hand mit weitgehendster Fürsorge für die Kinder des Proletariats. Herr Landsberg aber glaubt es mit seinem Gewissen als Leiter des städtischen Gesundheitswesens vereinbaren zu können, das Stadttheater auf Kosten der Schulärzte — auf Kosten des Lebens der Proletarierkinder — erhalten zu müssen. Obendrein besaßen die Herren Sozialdemokraten den traurigen Mut, unsere Partei als „reaktionär" zu bekämpfen, weil sie durch den Mund des Genossen Ammon erklärte, daß sie auf eine solche Kultur pfeifen.

Nun, die Kommunisten überlassen es den mit 20 Mark bezahlten Arbeitern, den Kurzarbeitern, den Erwerbslosen, den Kriegsbeschädigten, darüber zu richten, was wichtiger ist: Schulärzte oder Stadttheater.

Sind die Herren Sozialdemokraten bereit, mit uns vor die [illegible] Arbeiterschaft zu treten und diese entscheiden zu lassen?

A. D.

Sozialdemokratische Denunzianten.

Die Kommunistische Jugend schreibt uns:

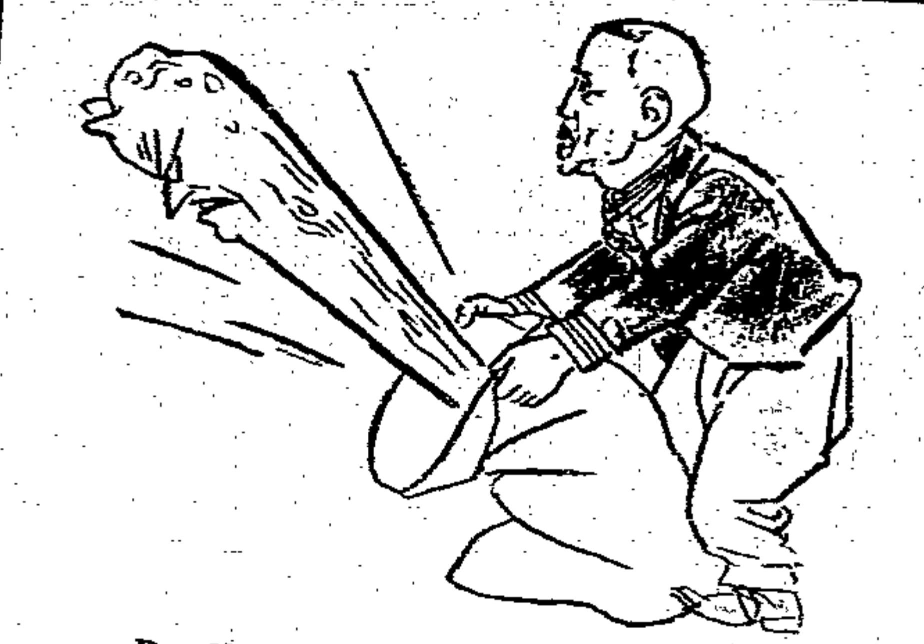
Wir berichteten vor einigen Tagen, daß der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete **Fritsch**, anläßlich des „Empfangs" [illegible] des General Ebenrich zwei unserer Jugendgenossen bei der Polizei denunzierte. Dieser Herr von der Barmatpartei **schickt nun eine „Berichtigung" an die sozialdemokratische Presse,** die unsere Behauptung vollkommen rechtfertigt. Fritsch stellt in seiner Berichtigung selbst fest, daß er mit zur Wache gegangen sei, um für die Feststellung der Personalien unserer Genossen eifrigst Sorge zu tragen. Aber das ist nicht das wesentliche bei seiner „Berichtigung". Der „Genosse" Fritsch schreibt nur seine „Berichtigung", um der Oeffentlichkeit bekanntzumachen, daß der eine Verhaftete ein jugendlicher Ausländer sei. Die sozialdemokratischen Schmutzblätter schämen sich nicht, eine solche Berichtigung abzudrucken. Fritsch und mit ihm die ganzen Sozialdemokraten denunzieren wo sie können und diese „Internationalisten" schämen sich nicht, dabei einmal, der Polizei mit dem Worte Ausländer noch das Stichwort zu schärferem Eingreifen gegen einen jugendlichen Arbeiter zu geben. Jawohl, hier handelt es sich ja nicht um einen Barmat, um einen ostjüdischen Schieber, sondern um einen ostjüdischen Sattler, der sich durch seiner Hände Arbeit mühsam ernährt.

Barmat, der größte Schieber, den die Welt je gesehen hat, zählen die Sozialdemokraten zu ihrem besten Freunde. Sie haben ihn nicht als Ausländer denunziert, sondern haben ihm ein Dauervisum für Deutschland bewilligt, damit er hier das deutsche Proletariat aussaugt. Und dieselbe „Volkswacht", die sich nicht schämt, die „Berichtigung" des „Genossen" Fritsch abzudrucken, wagt es in ihrer Nummer vom 30. Januar über **Bauer und Heilmanns** Vergehen im Falle Barmat folgendes zu schreiben:

„Sie können zum menschlichen Verständnis(!) dieser Dinge manches anführen: Bauer hat nach seiner (!) Erklärung keinerlei materiellen Vorteil davon gehabt und ist zu seinem ersten Brief durch Anrufung von Mitleidsgefühlen (!) bewogen worden!"

Der Saufgenosse von **Rasch**, Herr Bauer, hat Mitleidsgefühle für ostjüdische Schieber, der „Genosse" Fritsch denunziert jugendliche Arbeiter.

Kommentar überflüssig.



„Der Knüppel", Satirische Arbeiterzeitung
erscheint am 10. und 25. jedes Monats. — Zu beziehen
von den Zeitungsboten und Kolporteuren.

Der proletarische Freidenker-Bund für Feuerbestattung in Breslau

hielt am Dienstag, den 27. Januar, eine Mitgliederversammlung in der Halle der Mosaischen Gemeinde, Grünstraße, ab. Der Besuch hätte stärker sein können. Mitglied Pietsch gab einen organisatorischen Bericht über den Stand der Bewegung in Schlesien. Der Bund zählt etwa 7000 Mitglieder. Pietsch kam dann auf den Bau des Krematoriums zu sprechen, das als Teilprojekt so gut wie genehmigt ist. Der Bau der Zuführung in vertikaler Richtung bereitet infolge Grundwasser Schwierigkeiten und wird wie in Hamburg in horizontaler Lage ausgeführt. Da man über die Aufstellung von zwei Oefen neueren Systems sich nicht einigte, blieb es bei einem Ofen älteren Systems. Auch Liegnitz plant den Bau eines Krematoriums und überflügelt darin Breslau vielleicht. Der Verein wird in der Zeit Februar-März einen Film vorführen im Bezirk Schlesien, um den Massen alles, was mit der Feuerbestattung zusammenhängt, zu zeigen. Natürlich stößt die Vorführung in jenen Gegenden, wo Zentrum die Koalitionsgenossen von Pietsch Trumpf sind, auf große Schwierigkeiten. **In der Diskussion kritisierte Keller die Schreibweise der „Volkswacht" anläßlich der Kirchenaustritte und der Aufforderung zur Beteiligung an denselben.** Pietsch, von der SPD., entgegnete, daß er von einer Waldenburger Versammlung an die „Volkswacht" einen Bericht schickte, dessen Teile, die sich gegen die Religion bezogen, der Redaktionsschere zum Opfer fielen und daß er keinen Einfluß auf die Redaktion der „Volkswacht" habe, wenn er auch in der Partei größeren Einfluß besitze.

Wie der sozialdemokratische Bürgermeister Bauer von Brieg mit Erwerbslosen umspringt.

Ein Arbeiter schreibt uns:

Am 15. Januar habe ich auf Grund einer Bescheinigung vom hiesigen Arbeitsnachweis als Erwerbsloser vom Wohlfahrtsamt hier eine Unterstützung von 10 Mark erhalten. Da es mir nach acht Tagen noch schlecht ging und ich weder was zu essen, noch einen Pfennig Geld hatte, ging ich am Freitag, den 23. d. Mts. wieder hin, um eine Unterstützung zu erbitten. Da angeblich an diesem Tage Herr Obersekretär Zockolowski nicht anwesend war, wurde ich auf Sonnabend, den 24. Januar wieder bestellt. Am Sonnabend habe ich dann Herrn Zockolowski meine Gründe vorgebracht. Mit der Begründung, Herr Bürgermeister Bauer ist heute nicht da, wurde ich dann auf Montag vertröstet. Dagegen wurden am selben Sonnabend mehrere hiesige Erwerbslose beim Herrn Bürgermeister Bauer wegen Unterstützung vorstellig. Der liebenswürdige Bürgermeister ließ sich ihre Hände zeigen und erklärte:

„Wenn Ihr alle Finger habt und Zigaretten rauchen könnt, seid Ihr nicht unterstützungsbedürftig."

Damit waren die Genossen ohne eine Unterstützung abgewiesen. Als ich nun am Montag Herr Zockolowski wieder meine Not klagte, fragte er mich:

„Wo und wie lange waren Sie im Gefängnis?"

Als ich dann meine Entlassungsscheine vorlegte, ging er damit zu Herrn Bauer. Nachdem die beiden eine halbe Stunde verhandelt, erschien Zockolowski wieder und sagte: „Sie bekommen noch einmal Unterstützung, Sie sollen aber in die Niederlausitz in eine Arbeiterkolonie." Auf meinen Protest ging er wieder fort und kam nach einigen Minuten mit den Worten zurück: „Soeben hat Herr Bürgermeister Ihren Antrag abgelehnt." Ich begab mich nun zu Herrn Bürgermeister Bauer, um Rechenschaft zu erhalten, warum er mir die 10 Mark verweigere. An seinem Amtszimmer prangte ein Schild, auf dem geschrieben steht: „Anmeldung zum Herrn Bürgermeister nur durch Zimmer 58." Ich ging trotzdem unangemeldet hinein und fragte Herrn Bauer, warum man mir die Unterstützung verweigere. Der liebenswürdige Herr Bauer sagte mir lakonisch: „Die Sache ist noch nicht spruchreif. Sie sind entlassen." Auf meine Erwiderung, davon könne ich nicht leben, meinte er: „Der Staatssäckel ist nicht für Sie da, Sie sind ja gar nicht von Brieg gebürtig." Auf meine erneute Anfrage um Unterstützung, geriet er in Erregung und schrie: „Ich lasse Sie hinauswerfen, Sie wollen mir die Pistole auf die Brust setzen." Jetzt markierte er ein Gespräch am Telephon, um mich einzuschüchtern, und meinte ironisch: „Ich lasse Sie in der Volksküche speisen." Ich erwiderte noch mal, dann ließ er telephonisch zwei Beamte kommen und forderte mich kraft seines Amtes auf, sein Amtszimmer zu verlassen. Ohne ein Wort der Erwiderung wurde ich nun förmlich hinausgeschmissen und den draußen stehenden Genossen wurde erklärt, Herr Bauer könne wegen allzu großer Erregung keine Audienz von Arbeitern mehr abhalten.

Arbeiter, Genossen, Erwerbslose! Aus diesem Erlebnis könnt Ihr ersehen, was der frühere Arbeiter Bauer, der heute als Bürgermeister die Erwerbslosenfürsorge in Brieg verwaltet, für Euch tut. Sozialdemokratische Arbeiter, auf Euren Schultern ist der Herr Bauer in den Bürgermeistersessel gekrochen; jetzt glaubt er Euch als Sklaven behandeln zu können. Wie lange wollt Ihr diese Provokationen dulden?

Achtung! **Achtung!**

Genossen des Waldenburger Unterbezirks

Sonntag, den 1. Februar, nachmittags 2 Uhr
im Lokal „Eisernes Kreuz" in Altwasser

Unterbezirks-Konferenz

Alle Funktionäre, Betriebsräte, Zellenleiter müssen erscheinen. Jeder Betrieb, jeder Ort muß vertreten sein.

Bez.-Ltg. — Unter-Bez.-Ltg.

Tauentzientheater Breslau.

Das neue Programm im Tauentzientheater lohnt einen Besuch. Die Groteske: „Bitte, verhaften Sie mich" ruft Lachstürme hervor. Henny Porten im „Prater" zu sehen, ist trotz der sehr romantischen sentimentalen Handlung ein Kunstgenuß.

Die Szenen im Wiener Prater sind hervorragend. Das gleiche gilt von der Musik.

— N.

Neuerscheinungen der Arbeiterliteratur

Arbeiter-Illustrierte-Zeitung.

Die Februarnummer der Arbeiter-Illustrierten-Zeitung ist soeben im Neuen Deutschen Verlag erschienen. Sie steht im Zeichen der Kritik an der Zuchthausschande in der Republik Ebert-Deutschland, der Terrorpolitik der imperialistischen Mächte gegen ihre schwarzen und weißen Sklaven. Das Titelbild zeigt ein Beispiel des faschistischen Terrors in Amerika, einen durch die Klu-Klux-Klan-Organisation mit dem Brand- (wir sagen „Schand"-) Mal KKK. gezeichneten Arbeiter. Seite 1 und 2 den Terror, der gegen die schwarzen Sklaven von den ersten Kolonisationsunternehmungen spanischer Kapitalisten-Eroberer an bis heute ausgeübt wird. Wir sehen als Kehrseite Bilder von der Kolonisierungstätigkeit der Sowjetrepublik, von der politischen Aufklärung der Sowjetwanderredner im fernen Osten und ihren Erfolgen. Seiten 4 und 5 zeigen Bilder vom Weihnachtshilfswerk der JAH. und JRH., den beiden proletarischen Hilfsorganisationen, die sich der Opfer der imperialistischen Räuberpolitik annehmen. Die Bilder auf Seite 6 stellen zum Vergleich die Hinrichtungsmethoden des dunklen Mittelalters und der heutigen Kulturstaaten mit dem Ergebnis: die Methode geändert, die Qual verlängert. Seite 7 dagegen zeigt, was die Dawesrepublik Deutschland für ihre „allerhöchsten" Schieber tut, für Wilhelm senior und junior und Eitelfritz und allen ihren Potentaten, wie sie durch Hintertüren wieder Einlaß in ihre Schlösser und ihre fetten Pfründen wiedergefunden haben. Ihnen geht es gut in dieser Republik. Seite 15: Die Freuden der Bourgeoisie, ist ein würdiges Gegenstück und Argument zu dieser Seite. „Die Gefahren der chemischen Industrie", der Kriegsindustrie der imperialistischen Räuber werden eindringlich und aufrüttelnd in erschütternden Bildern auf Seiten 8 und 9 aufgerollt. Die höchste Stufe der Vernichtungsindustrie gilt es zu erreichen — Arbeitermord die Folge. Seite 10: Bilder von der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration in Berlin und Bilder aus dem Leninalbum des Neuen Deutschen Verlages.

Unterhaltung geben im Feuilletonteil ein ausgezeichneter Ausschnitt aus einem englischen Arbeiterroman „Der Vorarbeiter" und eine Kunstseite mit wundervollen Bildern eines mexikanischen revolutionären Künstlers Diego Rivera, den Alfons Goldschmidt in einem Briefe würdigt. Bilder vom Tage: Die Amnestiekundgebung am Bülowplatz in Berlin mit Erich Mühsam; die Führer der englischen Gewerkschaftsdelegation in Rußland, Purcell und Ben Tillet; vom Streik der Sardinenindustrie in Douarnenez; das Haus der ehemals zaristischen, jetzt sowjetrussischen Botschaft in Paris.

Aus der Geschäftswelt.

Wer baut mit am Heimgarten?

Was ist der Heimgarten? Es ist die erste und einzige Heimvolkshochschule Schlesiens. Die Heimvolkshochschulen sind vor mehreren Jahrzehnten zuerst in Dänemark entstanden. In ihnen kommen junge Menschen im Alter von 16 bis 25 Jahren für mehrere Monate zusammen, um dort unter Führung vorbildlicher Persönlichkeiten an der Klärung ihrer geistigen Anschauungen und an der Festigung ihres sittlichen Charakters zu arbeiten. Deutschland besitzt erst 22 solcher Einrichtungen. Sie liegen aber fast ausschließlich in Mittel-, West- und Norddeutschland. Fast 2000 Menschen aus Schlesien und darüber hinaus haben an den verschiedenartigen Veranstaltungen des Heimgartens im vergangenen Jahre teilgenommen. Nun reichen aber die Räume bei weitem nicht mehr aus, um alle Teilnehmer im Hause unterzubringen. Es muß deshalb, falls das Haus weiter seine wichtige kulturelle Mission erfüllen soll, unbedingt ein Wohnflügel angebaut werden. Um die Mittel für den Bau aufzubringen, haben die Oberpräsidenten von Ober- und Niederschlesien und das Wohlfahrtsministerium die Ausspielung einer Warenlotterie genehmigt. Die Bedingungen sind äußerst günstig. Das Los kostet nur 50 Pfg. und entfällt außer den 2300 Hauptgewinnen auf jedes dritte Los ein Prämiengewinn in Gestalt von Kunstblättern erster schlesischer Künstler. Es kommen nur praktische Gegenstände zur Ausspielung. Hauptgewinne sind: ein Auto, eine Bierzimmereinrichtung, ein Flügel, ein Schwermotorrad, ein Klavier. Ferner kommen 150 Fahrräder, mehrere Einzelzimmer, Leichtmotorräder, Nähmaschinen, Standuhren, Bücher, Kunstgegenstände, Hausbibliotheken und viele andere praktische Gegenstände zur Auslosung. Lose sind in den örtlichen Verkaufsstellen, die im heutigen Inserat genau angeführt sind, oder im Heimgarten in Neiße-Neuland OS. direkt zu haben.

Verantwortlich für den gesamten Text: **Erich Glückauf,** Breslau; Inserate: [illegible] Müller, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau. Druck: Peuvag-Berlin, Druckereifiliale Breslau.